

**Programm und Statut der
Kommunistischen Partei
Deutschlands
- KPD -**

**Beschlossen auf dem 8. Parteitag, Februar 1993; zuletzt
geändert auf dem 11. Parteitag, Oktober 2005**

Herausgegeben vom
ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands
(KPD)

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar

Verlag Roter Morgen
Postfach 900753
60447 Frankfurt am Main
ISBN 3-928666-54-1
Frankfurt am Main
Dezember 2005
© 2005 Verlag Roter Morgen

Programm der KPD

Deutschland ist ein reiches Land mit hochentwickelten Produktivkräften und ständigem technischem Fortschritt. Doch zugleich werden moderne Fabriken stillgelegt, sind Millionen arbeitslos, werden massenhaft unverkäufliche Waren vernichtet.

Mit all ihren Reichtümern ist diese Gesellschaft nicht in der Lage, Arbeit, Wohnung und Auskommen für alle zu garantieren. Im Gegenteil: immer mehr Menschen werden vom Kapital aussortiert, und der kapitalistische Staat kürzt die Zahlungen an Arbeitslose immer drastischer, so daß immer mehr Menschen in materielles Elend gestürzt werden.

Mit all ihren Reichtümern ist diese Gesellschaft nicht in der Lage, sinnvolle Arbeitsinhalte, eine die Menschen befriedigende Berufsarbeit zu bieten. Im Gegenteil, Hektik und Streß bei der Arbeit, Überstunden, "flexible" Arbeitszeiten zu Lasten der Beschäftigten und ihrer Familien, physische und psychische Zerrüttung sowie Krankheiten infolge der Berufsarbeit nehmen zu.

Mit all ihren Reichtümern ist diese Gesellschaft nicht in der Lage, eine zufriedenstellende Versorgung bei Krankheit und im Alter zu garantieren. Im Gegenteil werden Krankenversicherung und Rente immer weiter ausgedünnt.

Mit all ihren Reichtümern ist diese Gesellschaft nicht in der Lage, Luft, Wasser, Boden, die gesamte Umwelt sauber und lebenswert zu erhalten. Im Gegenteil, lebensbedrohende Erscheinungen wie die Vergiftung des Wassers und die Produktion minderwertiger und gesundheitsgefährdender Lebensmittel sowie die Schädigung der Atmosphäre nehmen dramatische Ausmaße an.

Der Osten ist ein deutsches Sizilien, Millionen von Menschen ist dort die Existenzgrundlage entzogen.

Krieg ist Mittel auch der Politik der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundeswehr wird in alle Welt entsandt, Menschen in aller Welt sterben für den Profit deutscher Unternehmen. Demokratische Rechte werden immer weiter eingeschränkt statt sie auszubauen, die Unterdrückungsorgane des Staates und deren Befugnisse werden immer weiter ausgebaut.

Diese und andere schwerwiegende Übel der Gesellschaft haben letztlich **eine** Ursache: den Kapitalismus.

Der Kapitalismus, der auf der Grundlage der

Kapitalismus

Warenproduktion entstanden ist, stellt ihre höchste Stufe dar. Er hat auch die Arbeitskraft zur Ware gemacht. Die Arbeiterklasse¹ schafft den größten Teil des Reichtums der Gesellschaft, doch die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die große Mehrheit der Angestellten sind aller Produktionsmittel beraubt und können nur existieren, indem sie ihre Arbeitskraft an kapitalistische Unternehmen verkaufen. Das Kapital verfügt über alle wesentlichen Produktionsmittel der Gesellschaft. Es eignet sich den von der Arbeiterklasse geschaffenen Reichtum an und verfügt darüber.

Profit als Ziel
der Produktion

Im Kapitalismus besteht das Ziel der Produktion nicht darin, die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, allen Menschen Arbeit, Auskommen und Frieden zu sichern und ihre Persönlichkeitsentwicklung zu fördern. Der einzige Zweck kapitalistischen Wirtschaftens ist die Erzielung von Profit. Kapital ist Wert, dessen Bestimmung darin liegt, Gewinn abzuwerfen. Dabei geht es nicht um einen einzelnen Gewinn, sondern um die rastlose Bewegung des Gewinnens: Sobald ein Gewinn erzielt ist, wird er - nach Abzug dessen, womit die Ausbeuter ihr parasitäres Leben finanzieren - zum Kapital geschlagen, und zwar mit der Absicht, neuen Gewinn zu erwirtschaften.

Jeder Gewinn speist sich in letzter Instanz aus dem Mehrwert, nämlich der unbezahlten Mehrarbeit der Industriearbeiterinnen und -arbeiter, den der industrielle Kapitalist sich aneignet und der sodann zwischen den verschiedenen Abteilungen der Ausbeuterklasse - Industriekapital, Banken, Versicherungen, Handelskapital, Grundbesitz - aufgeteilt wird.

Widersinnig-
keit des
Profitsystems

Der Maßstab des Gewinns liegt in der Profitrate, also im Verhältnis des Profits zum investierten Kapital. Die Höhe der Profitrate entscheidet darüber, ob eine bestimmte Produktion aufgenommen wird oder nicht, ob sie fortgeführt oder einge-

¹ Zur Arbeiterklasse (auch als "Proletariat" bezeichnet) gehören auch die unteren Angestellten sowie die Arbeitslosen und die Rentnerinnen und Rentner, die zuvor Arbeiterinnen bzw. Arbeiter oder untere Angestellte waren. Ein Teil der mittleren Angestellten hat in vielen Bereichen ähnliche Interessen wie die Arbeiterklasse, andererseits unterscheiden sich die mittleren Angestellten hinsichtlich der Arbeits- und Lebensbedingungen auch von der Arbeiterklasse.

stellt wird.

In der Profitrate wird der Profit auf das **gesamte** investierte Kapital bezogen, nicht nur auf den Teil, der in Löhnen und Gehältern, sondern auch auf den Teil, der in Sachanlagen investiert wird. Dieser Umstand hat auf den Verwertungsprozeß des Kapitals verheerende Auswirkungen: Zwecks Steigerung des Profits drängt das Kapital auf die Erhöhung der Produktivität. Steigende Produktivität bedeutet aber, daß lebendige Arbeit gegebener Größe eine ständig steigende Größe von in Sachanlagen investiertem Kapital in Bewegung setzt. Mit anderen Worten: die Zusammensetzung des Kapitals in Sachanlagen einerseits und Arbeitskraft andererseits ändert sich beständig zugunsten der Sachanlagen. Aus Sachanlagen erwächst aber kein Profit. Soweit Produktionsanlagen im Produktionsprozeß vernutzt werden, wird ihr Wert lediglich auf das neue Produkt übertragen; dabei wird kein Neuwert und somit auch kein Mehrwert geschaffen. Bleibt die Mehrwertrate, nämlich das Verhältnis zwischen dem vom Kapital angeeigneten Mehrwert einerseits und den Löhnen und Gehältern andererseits, gleich, so fällt die Profitrate mit steigender Produktivität und daraus resultierender Veränderung der Zusammensetzung des Kapitals zugunsten der Sachanlagen.

Die hauptsächliche Möglichkeit für die Kapitalisten, dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken, besteht darin, die Mehrwertrate zu erhöhen, also durchzusetzen, daß die Produzentinnen und Produzenten des sachlichen Reichtums einen immer geringeren Anteil daran erhalten. Es liegt somit in der Logik des Kapitals, zwecks Profitmaximierung die Löhne und Gehälter zu drücken, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, den Lohnarbeiterinnen und -arbeitern jegliche Sicherheit unter den Füßen wegzuziehen.

Mit anderen Worten: je höher die Arbeitsproduktivität, desto größer die Schwierigkeiten des Kapitalismus, welche die Kapitalisten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen bestrebt sind. Die steigende Produktivität der Produzentinnen und Produzenten richtet sich somit unter dem Kapitalismus gegen sie selbst.

Die sich rasant entwickelnde Technik könnte dazu führen, daß die Arbeit erleichtert und die Arbeitswelt menschengerecht gestaltet wird (z.B. sinnvolle Arbeitsinhalte, mehr Handlungsspielräume, verbesserte Qualifikation). Physisch und psychisch zermürende Tätigkeiten könnten entfallen. Die

Arbeitszeit könnte drastisch reduziert werden. Im Kapitalismus aber führt steigende Produktivität zu Massenarbeitslosigkeit und zu wachsendem Druck des Kapitals auf diejenigen, die noch Arbeit haben, ein Druck, der sich unter anderem in der Zunahme von Überstunden, Hektik und Streß, physischem und psychischem Ruin von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten äußert.

Das Profitsystem bringt einerseits das Interesse des Kapitals an möglichst niedrigen Löhnen und Gehältern hervor und andererseits das Interesse an ständiger Ausweitung der Produktion. Niedrige Löhne und Gehälter führen dazu, daß die Produzentinnen und Produzenten viele ihrer Produkte nicht kaufen können, obwohl die Produkte wie auch die Bedürfnisse danach vorhanden sind. Es kommt zu Überproduktionskrisen, die zu Massenentlassungen, Betriebsstillegungen, Insolvenzen führen. Die Arbeitslosigkeit ist eine widersinnige, aber notwendige Folge des Profitsystems: Ob in einem bestimmten Zweig der Produktion Arbeitsplätze geschaffen werden, entscheidet sich nicht danach, ob ein Bedürfnis nach den entsprechenden Produkten besteht, sondern allein danach, ob die jeweilige Produktion genügend Profite verspricht.

Die Orientierung am Profit ist auch die Ursache so widersinniger Erscheinungen wie steigender Lebensmittelpreise bei gleichzeitiger massenhafter Vernichtung von Agrarerzeugnissen und sinkenden Einkommen der Bäuerinnen und Bauern. Die Vernichtung wird natürlich von dem gleichen Steuerzahler finanziert, der als Konsument die gestiegenen Preise zu bezahlen hat.

Das Profitsystem verhindert eine aufeinander abgestimmte Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige. Es führt zu tiefgreifenden Strukturkrisen bestimmter Branchen, wodurch ganze Regionen wirtschaftlich ruiniert werden können. Es führt zur Stillegung hochmoderner Produktionsanlagen: Wo eben noch die Konkurrenz die Errichtung von Betrieben erzwang, um mithalten zu können, zwingt morgen dieselbe Konkurrenz zum Schließen der mittlerweile unrentabel gewordenen, d.h. nicht mehr genug Profit bringenden, Anlagen.

Das Profitsystem führt dazu, daß Investitionen in den Umweltschutz in der Regel nicht lohnend sind und so lange irgend möglich hinausgezögert werden. Auch schwerwiegende Gesundheitsschädigungen und Todesfälle sind für das Kapital keineswegs ein Grund, etwas zu unternehmen. Umweltschutz ist für das Kapital wirtschaftlich erst dann interessant, wenn sich daraus Gewinn machen läßt. Andernfalls geschieht nur

dann etwas, wenn drohende Katastrophen oder der heftige Widerstand von Betroffenen zu politischen Gefahren für das ganze System führen.

Der Kapitalismus hat das jahrtausendealte Patriarchat übernommen und nutzt es für die Mehrung des Profits. Das Kapital nutzt Frauen als industrielle Reservearmee und als Mittel, die Löhne zu drücken. Die Nachfrage nach Arbeitskraft bestimmt, wann der Ruf nach Erwerbsarbeit der Frau und wann der Ruf "Zurück an den Herd" überwiegt. Auch dann, wenn ersteres überwiegt, bleibt der Frau die Verantwortung für Kinder und Haushalt zugewiesen, die Verantwortung für die private Produktion und Reproduktion der (männlichen) Arbeitskraft.

Patriarchat

Das im Kapitalismus fortbestehende Patriarchat beinhaltet vielerlei Formen der Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen.

Die arbeitenden² und erwerbslosen Menschen leiden nicht nur unter materieller, sondern in wachsendem Maße auch unter seelischer Not, da das Profitsystem jede Lebensäußerung danach bemißt, ob sie Profit bringen könnte oder nicht.

Psychische Verelendung

So wird auch der kulturelle Wert von Produkten zunehmend am Geschäftserfolg gemessen. Rundfunk und Fernsehen werden mehr und mehr von der Werbung und dem Wettlauf um Einschaltquoten beherrscht. Eine Programmvielfalt gaukelt einem kulturellen Reichtum vor, der die tatsächliche Verflachung und Abstumpfung verdeckt. Da gibt es süßlichsten Kitsch neben menschenverachtender Ausbeutung sexueller Gefühle, brutale Gewalt - aber ebenso etwas für den "kulturell Anspruchsvollen" oder Sendungen, die negative Erscheinungen dieser Gesellschaft hart, aber folgenlos anprangern. Die Grundtendenz besteht im passiven Konsum, in der Kommerzialisierung der Freizeitbedürfnisse. Scheinaktivität besteht in der Auswahl von Hits, Hörer- und Seherumfragen usw. Die Erziehung zum passiven Konsum entspricht der Unterordnung des Menschen unter die Maschine in der

² Unter arbeitenden Menschen verstehen wir die Arbeiterklasse, die nicht zur Arbeiterklasse zählenden, aber lohnabhängigen mittleren Angestellten sowie diejenigen Selbständigen (z.B. Bäuerinnen und Bauern), die allein von den Ergebnissen ihrer eigenen Arbeit leben, also nicht von der Ausbeutung anderer oder von Spekulationsgewinnen.

Produktion: Auch in seiner Freizeit wird das Individuum der Maschine Fernseher untergeordnet.

Der Sport wird ebenfalls der Herrschaft des Geldes unterworfen. Sportlerinnen und Sportler sind lebende Litfaßsäulen, Sponsoren verlangen wachsende Leistungen für ihr Geld. Sportveranstaltungen werden zu Shows. Der Kampf um Erhalt oder Steigerung des Marktwertes zwingt Sportlerinnen und Sportler zum Betrug und zur Zerstörung ihrer Gesundheit durch Doping. Um einzelne Spitzensportlerinnen und -sportler wird ein Personenkult entwickelt, um sie besser vermarkten zu können.

Das Erscheinen eines Buches hängt in erster Linie von der zu erwartenden Auflage ab. Filme, die nur mit Millionenaufwand produziert werden können, verdanken ihr Entstehen reichen Kapitalgebern, die ein entsprechendes Klingeln der Kassen erwarten. Welche Musik produziert, gesendet, gespielt und gehört wird, wird weitgehend durch Geschäftsinteressen großer Unterhaltungskonzerne bestimmt.

Auch im politischen und religiösen Leben werden Anschauungen und Gefühle zu einem profitträchtigen Geschäft gemacht. Von der Gesellschaft Enttäuschte werden von Gurus beglückt oder finden in ominösen Psycho-Selbsterfahrungskursen ihr zweites oder drittes vorhergegangenes Leben - natürlich nur gegen Geld. Selbst Liebe und Sexualität werden für den Profit ausgeschlachtet. Pornographie und die verächtliche Einstellung gegenüber Frauen sind dabei nur die Spitze des Eisberges. In heuchlerischer Weise wurde die Sexualität "befreit", um sie sogleich dem Leistungsprinzip zu unterwerfen. Die dabei zwangsläufig entstehende sexuelle Not fördert den Umsatz an Pornographie und Hilfsmitteln. Daß dabei Vergewaltigung, sexuelle Erniedrigung, Prostitution usw. gefördert werden, stört die Geschäftemacherinnen und Geschäftemacher nicht. Und die moralische Empörung über dieses durch die Herrschaft des Geldes geschaffene Elend nutzt das Kapital für reaktionäre, spießige politische Stimmungen.

So zerstört das Kapital jede Kultur und Moral bzw. macht sie zu Krüppeln an der Leine des Geldes. Zwischenmenschliche Beziehungen und kulturelle Werte, die nicht am Profitsystem, sondern am Menschen orientiert sind, können nur im Kampf gegen die Einwirkungen des Profitsystems bewahrt und entwickelt werden.

Unter den Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus, des Imperialismus, haben sich die unlösbaren Widersprüche des kapitalistischen Systems weiter verschärft.

Aus dem Konkurrenzkapitalismus ist das Monopol hervorgegangen. Wenige Monopolgruppen beherrschen die wichtigsten Branchen der Wirtschaft. Die Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften sind mit dem Industriekapital zum Finanzkapital verschmolzen, verfügen faktisch über das industrielle Kapital. Gigantische Finanzkonzerne, deren einziger Geschäftszweck in der bestmöglichen Verwertung der von ihnen angehäuften ungeheuren Kapitalmassen mittels Finanzanlagen besteht, beherrschen die Wirtschaft eines Landes oder mehrerer Länder. Die wenigen Personen, die an der Spitze der Finanzmonopole stehen, üben die reale Macht aus, bestimmen oder kontrollieren direkt oder indirekt nahezu jede Aktivität der kapitalistischen Wirtschaft, bestimmen die Innen- und Außenpolitik. Von ihren Entscheidungen hängt das Wohl und Wehe von Millionen Menschen weitaus mehr ab als von irgendwelchen Politikern. Mit dem Wachstum der Finanzmonopole verschärft sich zugleich deren Kampf untereinander. Mit allen Mitteln, legalen und illegalen, werden Märkte erobert, Konkurrenten ruiniert oder einverleibt.

Immer mehr Reichtum wird in immer weniger Händen konzentriert. Gleichzeitig wird den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie den lohnabhängigen Angestellten eingeredet, daß sie auf "ihren" Kapitalisten Rücksicht in seinem Kampf gegen seine Konkurrenten nehmen sollen, daß sie Verzicht üben sollen. Sie müssen in ständiger Existenzunsicherheit leben und mit Entlassung rechnen. Sie sollen hinnehmen, daß sich durch Rationalisierung ihre Arbeitsbedingungen verschlechtern, ihr Streß und körperlicher sowie psychischer Verschleiß sich vergrößern. Obwohl durch die schärfer werdende Konkurrenz unter den Monopolgruppen die gesamte Produktion umgewälzt wird und stets neue Techniken entwickelt werden, werden die Erleichterungen für die Arbeiterklasse durch neu auftretende Belastungen weit übertroffen.

Die Konkurrenz der Monopole erstreckt sich über die ganze Welt. Kein Fleckchen Erde, kein Markt, um den sie nicht kämpfen. Der Warenexport hat ungeheure Dimensionen erreicht. Die Rohstoffe industriell weniger entwickelter Länder werden geplündert. Der Kapitalexport z.B. in Form des Kaufs von Unternehmen und Beteiligungen im Ausland, in Form von Krediten, aber auch in Form von "Entwicklungshilfe" ist zur

Imperialismus

Monopole

Internationale
Konkurrenz
der Monopole

Hauptform der Eroberung anderer Länder und Märkte geworden. Einzelne Monopolgruppen haben mehr Macht und Einfluß als zahlreiche "unabhängige" Staaten. Auf der Jagd nach höherem Profit ist der nationalstaatliche Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft unwiderruflich gesprengt worden. Auch der Arbeitsmarkt wurde vom Kapital internationalisiert. Aus aller Welt holen sie Arbeitskräfte, in allen Ländern bauen oder kaufen sie Fabriken, um so die Ware Arbeitskraft möglichst billig einzukaufen und maximal auszubeuten. Das Kapital ist nicht national, sondern allein am Profit orientiert. Aber es nutzt den nationalen Rahmen, um seine Interessen durchzusetzen. Zum einen dient den Kapitalisten ihr Nationalstaat, um Konkurrenten zu schädigen, vom Binnenmarkt fernzuhalten und durch Subventionen und Bürgschaften bei der Eroberung anderer Märkte zu helfen. Zum anderen sollen die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die lohnabhängigen Angestellten verschiedener Nationalität gegeneinander gehetzt werden, um die Löhne und Arbeitsbedingungen von ihnen allen hinabdrücken zu können. Gleichzeitig stärken die Imperialisten supranationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, den Internationalen Währungsfonds und die EU, auf die nationale Hoheitsrechte von Nationalstaaten übertragen werden. Die imperialistischen Großmächte verfolgen damit das Ziel, im Interesse des Maximalprofits über schwächere Staaten und Monopole zu herrschen, demokratische Rechte im eigenen Land sowie in den abhängigen Ländern zu beseitigen. Mit diesen Zielrichtungen betreibt der deutsche Imperialismus den Ausbau der EU sowie die Bildung weiterer europäischer supranationaler Organisationen, die neben wirtschaftlichen auch politische und militärische Kompetenzen erhalten sollen. Überall, wo das Kapital neue Märkte erobern will, stößt es in der Regel auf Konkurrenten, die entweder diesen Markt bereits beherrschen oder ebenfalls erobern wollen. Die Welt ist unter den imperialistischen Mächten weitgehend aufgeteilt, und eine Neuaufteilung ist nur zu Lasten eines anderen möglich.

Kriegsgefahr

Da sich die imperialistischen Mächte ungleichmäßig entwickeln, ändert sich beständig das Kräfteverhältnis zwischen ihnen. Ab einem gewissen Grad der Zuspitzung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten kann eine Neuaufteilung nicht mehr "friedlich", sondern nur noch gewaltsam stattfinden. Um nicht selbst als offen kriegerisch

aufzutreten, schüren und nutzen die imperialistischen Mächte häufig Kriege abhängiger Staaten für ihre eigenen Zwecke. Es besteht jedoch stets die Gefahr, daß die imperialistischen Mächte auch direkt zusammenstoßen. Kriege sind unter den Bedingungen des Imperialismus unvermeidlich.

Die Führungsrolle der USA in der Welt wird von ihren imperialistischen Konkurrenten in Frage gestellt. Die Verlierer des 2. Weltkriegs, Deutschland und Japan, sind wieder Großmächte, die beim Kampf um die Weltherrschaft mitspielen. Unter der verlogenen Losung der Einheit Europas hat der deutsche Imperialismus in Zusammenarbeit und unter gleichzeitiger Konkurrenz mit Frankreich die Hegemonie in Europa hergestellt. Die EU steht in scharfem Konkurrenzkampf mit den USA. Weite Bereiche Europas leiden unter industriellem Kahlschlag.

Nach dem 2. Weltkrieg war es in den Kernländern des Imperialismus zu einer gewissen Stabilisierung des kapitalistischen Systems, verbunden mit relativ hohen Wachstumsraten, gekommen. Mitte bis Ende der siebziger Jahre wurde jedoch - wie schon in der Vorkriegszeit - die Tendenz chronisch, daß die Märkte weltweit hinter den Anforderungen der Kapitalverwertung stark zurückbleiben.

Die entscheidende Ursache dafür besteht darin, daß die Industrie mit ihrer erheblich gewachsenen Produktivität einerseits immer mehr Arbeitskräfte unter kapitalistischen Bedingungen überflüssig macht, andererseits aber immer größere Warenmengen erzeugt. Produktion und die Möglichkeit, die Produkte zu verkaufen, stehen im Weltmaßstab in immer größerem Widerspruch zueinander. Die Eingliederung industriell wenig entwickelter Länder in das kapitalistische Weltsystem konnte diese Tendenz nur vorübergehend hemmen. Die Produktion dieser Länder kann mit dem Produktivitätsniveau der führenden Industrieländer nicht mithalten, d.h. sie ist im kapitalistischen Sinne nicht profitabel. Durch die Eingliederung in das kapitalistische Weltsystem werden Industrie und Landwirtschaft in diesen Ländern folglich ruiniert bzw. in das enge Korsett der Bedürfnisse des internationalen Kapitals gepreßt. Mangels Kaufkraft gehen diese Länder den führenden Monopolen nach und nach als Absatzmärkte verloren. Durch Kredite wurde dieser Tendenz entgegengewirkt. Damit wurden diese Länder einerseits immer abhängiger gemacht, andererseits wurde ein gewisses Florieren der Wirtschaft in den imperialistischen Kernländern ermög-

Kampf um
Weltherrschaft

Tiefe Krise des
Kapitalismus

- licht. Doch wenn die Verschuldung ein gewisses Maß überschritten hat, ist es für die Monopole nicht mehr profitabel, ständig und in wachsendem Maße neue Kredite zu gewähren. Damit nimmt zum einen das Elend in den industriell wenig entwickelten Ländern Ausmaße an, die für unsere Verhältnisse kaum vorstellbar sind. Die Menschen hungern und verhungern, um Zins- und Tilgungszahlungen für die Monopole der imperialistischen Länder aufzubringen. Zum anderen verschärfen sich das Marktproblem der Monopole in den imperialistischen Kernländern und der Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Großmächten.
- Schuldenkrise
Schulden und Kredite insbesondere der Staaten bzw. staatlichen Körperschaften haben auch in den entwickelten imperialistischen Ländern enorme Ausmaße angenommen. Ist dies einerseits ein Mittel der Monopole, sich die staatlichen Körperschaften ökonomisch unterzuordnen, so ist andererseits ab einem bestimmten Punkt eine weitere Verschuldung vom Standpunkt des Profits nicht mehr zweckmäßig. Das relative Florieren der Wirtschaft ist also auch in dieser Hinsicht durch maßloses Aufblähen der Kredite sozusagen künstlich gewährleistet worden. Das offene Aufbrechen der Krise ist künstlich hinausgeschoben worden, doch bricht sie dadurch nur um so heftiger und krasser aus, wenn derartige Mittel nicht mehr wirken.
- Spekulation
Das im Rahmen der kapitalistischen Ordnung unlösbare Problem der Märkte äußert sich besonders deutlich darin, daß immer mehr Kapital zur Spekulation statt zur Produktion verwendet wird. Spekulation mit Aktien, Devisen, Wertpapieren, Immobilien, ja sogar ganzen Betrieben und Konzernen wird zur beliebtesten Form der Verwertung des Kapitals. Doch nur in der Produktion werden Werte geschaffen. Die Diskrepanz zwischen spekulativen Gewinnen und realer Wertschöpfung führt zu Kursverfall und Börsencrashes. Dies drosselt wiederum die Produktion. All das zeigt die tiefe Fäulnis eines Systems, in dem der Profit Dreh- und Angelpunkt jeglicher wirtschaftlichen Tätigkeit ist.
- Revolutionäre
Krise
Die Zuspitzung der Widersprüche des kapitalistischen Systems erfaßt verschiedenste Lebensbereiche und muß auf Dauer Katastrophen verschiedenster Art hervorrufen: Massenelend, verheerende Kriege und Umweltkatastrophen, Rechtlosigkeit und kriminelle Gewalt, insbesondere organisiertes Verbrechen, Terror gegen Minderheiten, bürgerkriegsähnliche Zustände sowie zunehmende Funktionsunfähigkeit gesellschaftlicher

Bereiche wie z.B. des Verkehrs, der Schule, der medizinischen Versorgung.

An einem bestimmten Punkt der Zuspitzung der Widersprüche wird die breite Mehrheit der Bevölkerung in eine Lage versetzt, in der sie sich mit diesem System nicht mehr abfinden kann. Besonders die unteren Schichten der Arbeiterklasse, deren Arbeits- und Lebensbedingungen völlig unannehmbar sind, sowie die Jugend, deren Zukunft vom Kapital ruiniert wird, sind eine revolutionäre Kraft.

Doch dieses System bringt auch Kräfte hervor, die es bis zuletzt verteidigen werden.

Die Monopole verwenden einen Teil ihrer Extraprofite dazu, einer Oberschicht der Arbeiterklasse Vorteile zu verschaffen und sie so für den Kapitalismus und gegen die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter einzuspannen. Die Formen der Beeinflussung und Bestechung sind vielfältig: Lohnverbesserungen für einzelne oder für bestimmte Gruppen, Aufseherfunktionen, Freistellungen als Betriebsrat, Posten und Pöstchen z.B. als Arbeitsdirektor, im Aufsichtsrat usw. Mithilfe dieser Kräfte sowie durch Erziehung und Medien trägt das Kapital den Geist der "gemeinsamen Interessen", den Geist der Klassenversöhnung unter die Arbeiterinnen und Arbeiter. Damit soll in der Arbeiterklasse die Einstellung verwurzelt werden, sie könne nur leben, wenn sie auf das Kapital Rücksicht nehme, während umgekehrt das Kapital weder Rücksicht nehmen will noch kann. Unter diesem Druck des Imperialismus verstärkt sich der Opportunismus, das Anpassen an die Interessen der Bourgeoisie, beträchtlich und konnte der Opportunismus über viele Jahrzehnte hinweg die unumschränkte Vorherrschaft in der Arbeiterbewegung der imperialistischen Länder ausüben. Der Opportunismus kann gelegentlich auch äußerst radikal oder revolutionär aussehen. Entscheidend ist, daß er nichts verändert und die Herrschaft des Kapitals unangetastet läßt. Durch die verschiedenen opportunistischen Strömungen wird die Arbeiterklasse gespalten.

Eine wichtige Rolle spielen dabei die Spitzen der Gewerkschaften. Hohe Gewerkschaftsfunktionärinnen und -funktionäre sitzen in Parlament, Verwaltung und Regierung. Sie haben tausende Aufsichtsrats- und Verwaltungsposten und sind Eigner großer Unternehmen, in denen ebenso kapitalistisch gewirtschaftet wird wie überall sonst. Sie entmündigen die Mitglieder der Gewerkschaften, schränken die innerge-

Stützen
des Kapitals:
1. Arbeiter-
aristokratie

(Spitzen der
Gewerkschaf-
ten)

werkschaftlichen Rechte und Möglichkeiten ein. In der Regel entscheiden sie, ohne die Mitglieder zu fragen oder gegen deren Willen. Die heute bestehenden Gewerkschaften verteidigen zwar, soweit dies im Rahmen der grundlegenden Interessen des Monopolkapitals vertretbar ist, einzelne Lebensinteressen der Arbeiterinnen und Arbeiter, sind aber keine Kampforganisation der Arbeiterklasse, sondern ein Bestandteil der kapitalistischen Ordnung, der die Arbeiterklasse vom konsequenten Kampf für ihre Interessen abhalten soll. Wenn sich die Gewerkschaftsführung für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter einsetzt, dann hauptsächlich, um dafür zu sorgen, daß der Gewerkschaftsapparat nicht seine Existenzberechtigung verliert. Der Gewerkschaftsapparat führt ein Eigenleben und tut alles, um nicht unterzugehen. Die Gewerkschaftsspitzen sind Feinde der Gewerkschaftsbewegung, doch die Basis der Gewerkschaften besteht aus Arbeiterinnen und Arbeitern, die in scharfen Widerspruch zu den Spitzen geraten, wenn sie konsequent für ihre Interessen eintreten.

2. Zwischenschichten

Die Bourgeoisie baut ihre Herrschaft auch darauf, daß sie Zwischenschichten an der Machtausübung und der Durchsetzung des Profitprinzips teilnehmen läßt. Durch das System der Korrumpierung ganzer Schichten der Bevölkerung schafft sie ein Klima der Anpassung, des Egoismus, Karrierismus, des Nach-oben-Buckelns und Nach-unten-Tretens. Dieses Klima strahlt in alle gesellschaftlichen Bereiche aus. Auch das traditionelle Kleinbürgertum, das "selbständig" seinen Geschäften nachgeht, kann eine Stütze der Herrschaft des Kapitals sein.

Die Zwischenschichten sind nicht einheitlich, sondern umfassen Menschen in recht unterschiedlichen Lebenslagen. Das politische Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapital entscheidet letztlich darüber, wieviele Menschen aus diesen Zwischenschichten die Herrschaft der Bourgeoisie bekämpfen bzw. unterstützen werden.

3. Staat

Der Staat ist Machtinstrument des Kapitals, insbesondere der Monopole. Schon allein durch die Riesenkredite, die die Banken dem Staat geben, "gehört" er ihnen. Sie haben ihn sich mittels ihrer ökonomischen Macht unmittelbar untergeordnet. Dabei plündern sie die Staatskasse nicht nur über Zins und Tilgung aus, sondern auch über Subventionen an ihre Monopolgruppen, über die Steuerpolitik (Senkung der Unternehmenssteuern, Erhöhung der Massensteuern),

Senkung der Sozialausgaben usw. Im Kampf der einzelnen Monopolgruppen um den bestimmenden Einfluß auf den Staat ist die wuchernde Korruption ein unentbehrliches Mittel. Ebenso findet eine zunehmende personelle Verschmelzung zwischen Finanzkapital und Staatsapparat statt. Mal sitzt ein Industrieller oder Banker in der Regierung, mal wechselt ein Politiker in die Industrie oder zu einer Bank - man gehört zur selben Klasse. Staatsaufträge, insbesondere auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion, sichern den Monopolen garantierte Maximalprofite, die nicht am Markt verdient werden müssen. Der Staat ist zum Selbstbedienungsladen der Monopole geworden.

Über ihre zahlreichen Verbindungen beeinflussen die Monopole entscheidend Gesetze und Verordnungen. So verhindern sie häufig wirksame Maßnahmen zum Schutz der Umwelt oder zum Ausbau von Massenverkehrsmitteln. So behindern sie das Verbot unwirksamer oder gar gesundheitsgefährdender und lebensgefährlicher Medikamente, um auf ihrem Gesundheitsmarkt keine Profiteinbußen hinnehmen zu müssen. Sie benutzen den Staat als Geburtshelfer immer größerer Monopolgruppen.

Über den Besitz der Zeitungen, Zeitschriften, Verlage, Film- und Fernsehgesellschaften und sonstigen Medienkonzerne entscheiden die Monopole, welcher Journalist, Künstler usw. die Freiheit erhält, ihre Meinung, ihre Kultur zu verbreiten. Und auch die öffentlich-rechtlichen Medien (z.B. Fernsehen) stehen nicht etwa unter Kontrolle der Arbeiterklasse, sondern mittelbar ebenfalls unter Kontrolle der Monopole (über Parteien, Verbände usw.).

Die bürgerliche Demokratie entspricht am besten den ökonomischen und politischen Interessen des Kapitals. Zum einen ist sie ein Forum des Konkurrenzkampfes zwischen den verschiedenen Kapitalisten bzw. den verschiedenen Monopolen. Zum andern kann so auch das Volk am leichtesten regiert werden. Die Monopole wissen, daß sich kein Parlament grundsätzlich gegen sie stellen kann. Die Masse der Politikerinnen und Politiker gehört zur Kapitalistenklasse. Über Abhängigkeiten, Pöstchen, Druck, Bearbeitung von Abgeordneten, Ministerialbeamten bzw. Ministern, "Geschenke" und Korruption lassen sich "kleine Hindernisse" leicht beseitigen. Dieses System schließt eine gewisse Eigenständigkeit staatlicher Stellen gegenüber Monopolgruppen nicht aus, sondern setzt sie vielmehr voraus. Der Staat hat die Interessen des ge-

Bürgerliche
Demokratie

samten Monopolkapitals gegenüber der Bevölkerung politisch durchzusetzen. Ein "guter" Politiker wird daher in Einzelfragen Vorstellungen und Wünschen von Monopolgruppen dann entgegengetreten, wenn er erkennt, daß deren Realisierung für das gesamte System politisch eher schädlich ist, da sie zu große Widersprüche hervorruft.

Die Monopole und ihre Politikerinnen und Politiker haben es verstanden, unter der Maske der Demokratie ein System zu schaffen, in dem fast alle gesellschaftlich bedeutenden Organisationen "verstaatlicht" sind. Die Parteien werden über die Parteienfinanzierung und Industriespenden ausgehalten. Sie müssen nicht mehr überwiegend von der freiwilligen Zustimmung ihrer Mitglieder und Freunde und deren Beiträgen und Spenden leben. Sie sind ein Tummelplatz für Pöstchenjäger, Karrieristen, Absahner. Sie sind "unabhängig" vom Volk und brauchen es nur als Stimmvieh. Auch die Kirchen sind "Staatsinstitutionen" geworden. Sie kassieren Kirchensteuer und zusätzlich beträchtliche Hilfen aus dem Staatshaushalt. Manchmal treten sie offen reaktionär auf und verteidigen massiv alles Alte und Bestehende, manchmal sind sie kritisch gegenüber Auswüchsen des Systems und helfen denen, die in schlimmste Not geraten sind. Aber unabhängig davon, wie sie sich geben, stabilisieren sie letztendlich immer das System, von dem sie ja auch ausgehalten werden. Sie geben ihm ihren Segen. Und auch die Spitzen der Gewerkschaften orientieren sich an der Staatsräson, sind mit den Parteien und dem Staatsapparat eng verbunden. Hält die Regierung zum "Wohle des Ganzen" z.B. einen Lohnraub-Tarifabschluß für erforderlich, so protestieren sie mitunter zum Schein und schwätzen von "Unabhängigkeit der Gewerkschaften", orientieren sich aber in der Praxis an den Vorgaben der Regierung. Niemals würden sie bei Streiks das enge Korsett sprengen, in welches der Staat - z.B. durch Friedenspflicht, Verbot des politischen Streiks usw. - die Arbeiterbewegung zwingen will. So versuchen sie, die Gewerkschaften zum verlängerten Arm des Staates zu machen.

Neben dem demokratischen Betrug wenden das Kapital und sein Staat auch die Methode der offenen Unterdrückung an. Beispiele sind: massive Beschränkungen des Streikrechts (Friedenspflicht, Verbot politischer Streiks usw.); Gewährung des Rechts der Aussperrung für die Kapitalisten; reaktionäre Betriebsverfassung (Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, Friedens- und

Schweigepflicht); Einschränkung der Meinungsfreiheit; Entlassung unbequemer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; Polizeiteror; Folter in Form von Isolationshaft; Berufsverbote; Bespitzelung (z.B. Lauschangriff); Schwarze Listen; Hausdurchsuchungen; Verbote fortschrittlicher Organisationen und Zeitungen (so das KPD-Verbot); politische Prozesse; 5 %-Klausel, die Millionen Wählerstimmen einfach unter den Tisch fallen läßt.

Zwar ziehen sie es vor, von Mitteln, die öffentliches Aufsehen erregen, sparsam Gebrauch zu machen. Doch wo immer der Kampf gegen ihre Herrschaft stärker wird, scheuen sie nicht davor zurück, auch solche Mittel rücksichtslos einzusetzen. Selbst in relativ ruhigen Zeiten bauen sie den staatlichen Gewaltapparat ständig aus. Mehr Polizei und massivere Aufrüstung derselben, Ausbildung des Bundesgrenzschutzes als Aufstandsbekämpfungstruppe, mehr Gefängnisse, Hochsicherheitstrakte, Ausbau eines elektronischen Überwachungsapparats, der zunehmend dazu übergeht, alles und jeden zu speichern und zu kontrollieren - die Herrschenden sind gerüstet, ernstzunehmenden Widerstand, jeden Versuch, ihre Herrschaft zu stürzen, mit Gewalt niederzuschlagen. Freiwillig werden sie niemals abtreten. Sie werden ihre Herrschaft mit Zähnen und Klauen verteidigen.

Wenn sich die Krise des kapitalistischen Systems verschärft, wenn seine Existenz bedroht ist, wächst die Gefahr des Faschismus. Der Faschismus ist die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals. Er ersetzt die bürgerlich-demokratische Form der Herrschaft des Kapitals durch ein System terroristischer Gewaltanwendung gegen alles Fortschrittliche, gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen. Er kann verschiedene Formen annehmen, z.B. die Form einer Notstandsdictatur, welche das Mäntelchen einer parlamentarischen Demokratie keineswegs abwerfen müßte. Die hierfür erforderlichen Gesetze hat sich die Bourgeoisie Ende der 60er Jahre gegen den breiten Widerstand der Bevölkerung geschaffen.

Der Faschismus muß nicht die gleichen Formen annehmen wie zur Zeit Hitlers, und er muß sich auch nicht vorwiegend auf diejenigen Gruppierungen stützen, die sich heute mehr oder weniger offen als Nachfolger Hitlers darstellen. Bezeichnend für den Charakter des deutschen Staates ist allerdings, daß die bedeutendsten der offen faschistischen Gruppierungen nicht etwa verboten werden, sondern im Gegenteil unter dem

Faschismus

Schutz des Staatsapparats und der Polizei stehen und z.T. gute Verbindungen dorthin haben. Sie erhalten z.T. Wahlkampfkostenerstattung und andere Zuwendungen aus der Staatskasse. Sie dienen dem Kapital bereits heute als Reserve und Hilfstruppen gegen die Arbeiterbewegung und alle fortschrittlichen Kräfte.

Bürgerliche Demokratie und Faschismus sind nicht durch eine chinesische Mauer getrennt. Zum einen sind beides Formen bürgerlicher Machtausübung. Zum anderen kann ein Übergang zum Faschismus nur stattfinden, wenn er zuvor innerhalb der bürgerlichen Demokratie durch eine Reihe reaktionärer Maßnahmen vorbereitet wird, durch den Abbau demokratischer Rechte und die damit verbundene Faschisierung des Staatsapparats (z.B. Ausbau der Befugnisse der Polizei und der Geheimdienste; Lockerung bzw. Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten mit der Tendenz der Schaffung einer neuen Gestapo; Heranziehung der Bundeswehr für Aufgaben im Inneren zwecks militärischer Vorbereitung des Bürgerkriegs; Versuche, die Folter als "normales" Instrumentarium staatlichen Handelns hoffähig zu machen; Abbau von Befugnissen des Parlaments und Übergang solcher Befugnisse auf die Organe der Exekutive, z.B. den Ministerrat der EU, und letztlich auf unmittelbar vom Finanzkapital beherrschte Stäbe). Die Faschisierung des Staatsapparats wird vom Finanzkapital unter wechselnden Vorwänden (z.B. "Bedrohung durch den Terrorismus") betrieben. Sie ist heute die Hauptform der Vorbereitung des Faschismus.

Ob es den reaktionärsten Kräften des Finanzkapitals gelingt, bei entsprechender Zuspitzung der Krise des Kapitalismus ihre offen terroristische Diktatur zu errichten, hängt wesentlich vom Widerstand der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Kräfte ab. Diese wird im entscheidenden Moment in der Regel nur dann in der Lage sein, den Faschismus zu verhindern, wenn sie bereits zuvor für Verteidigung und Ausweitung demokratischer Rechte, gegen Reaktion und Faschisierung des Staatsapparats gekämpft hat.

Der Faschismus ist eine brutale Drohung gegen die breite Mehrheit der Bevölkerung, doch das Wachsen der faschistischen Gefahr zeigt zugleich die Schwächen, die tiefe Fäulnis des kapitalistischen Systems. Der Imperialismus bietet der Arbeiterklasse keine Perspektive. Dieses System hat bereits einen bedeutenden Teil der Weltbevölkerung in Hunger und Elend geführt. Selbst in den reichen imperialistischen Ländern

ist es immer weniger in der Lage, die Grundbedürfnisse der Menschen nach Arbeit, Wohnung, Freiheit und Frieden zu befriedigen. Rücksichtslos zerstört es Natur und Umwelt. Auch wenn das imperialistische System stark erscheint, ist es doch innerlich hohl. Es ist gewalttätig und ruft ständig Kriege hervor. Es schränkt die Freiheit zunehmend ein. Es produziert in nie dagewesenem Ausmaß Bürokratie, Korruption, Verlogenheit und Kriminalität. Der Imperialismus ist faulender Kapitalismus.

Worin liegt die Ursache dieser Fäulnis?

Die Monopole sind Ausdruck der enorm gewachsenen Vergesellschaftung der Produktion. Sie teilen Märkte untereinander auf, planen und organisieren im internationalen Maßstab die Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitskräften sowie den Absatz der Produkte. Das Finanzkapital greift lenkend in die Wirtschaft ein und bedient sich hierzu auch des Staates. Doch der allgemeine Rahmen der Konkurrenz, des Kampfes aller gegen alle, wird dabei aufrechterhalten. Die Monopole lenken die Wirtschaft nicht im Interesse der Arbeiterklasse, sondern im Interesse des Maximalprofits. Der immer krassere Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion einerseits und der privaten Aneignung der Produkte andererseits ist es, der die tiefe, alle gesellschaftlichen Bereiche erfassende Fäulnis des kapitalistischen Systems hervorruft. Dieses System muß fallen. An seine Stelle muß eine Gesellschaft treten, die die Produktionsmittel, den Boden, die Naturschätze in ihren kollektiven Besitz nimmt, die die Produktion im Interesse der Gesellschaft lenkt und die Produkte zum Nutzen und zur Befriedigung der Bedürfnisse aller arbeitenden Menschen einsetzt. Nicht die Menschen sollen der Maschine und dem Kapital dienen, sondern Maschinen und gesellschaftlicher Reichtum sollen den Menschen dienen. Fortschritt in Technik und Produktion soll sich nicht mehr gegen Mensch und Natur richten, sondern für den Menschen und die Erhaltung seiner natürlichen Umwelt eingesetzt werden.

Schon heute erfordert und ermöglicht der hohe Stand der Produktivkräfte Produzentinnen und Produzenten, die über ein breites Fachwissen auf mehreren Gebieten verfügen, die auf der Grundlage von Kenntnissen gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge am Produktionsprozeß teilnehmen. Doch die kapitalistische Gesellschaft mit ihrem Kampf aller gegen alle, mit ihrem Gegenüber von oben und unten, von Führern

**Imperialis-
mus ist
faulender
Kapitalismus**

Notwendig-
keit des
Kommunis-
mus

und Geführten, weist jedem einen engen Teilbereich, eine enge Teilfunktion zu. Sie zersplittert und isoliert die verschiedenen gesellschaftlichen Tätigkeiten und Funktionen und stellt sie gegeneinander, statt die verschiedenen gesellschaftlichen Arbeiten zum Nutzen aller bewußt zu koordinieren. Dies fühlen zunehmend auch Managerinnen und Manager des Kapitals. Sie entwickeln Strategien mit dem Ziel, daß möglichst viele arbeitende Menschen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in den Produktionsprozeß einbringen. Sie betreiben die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen nach unten, führen Gruppenarbeit ein, wirken darauf hin, daß Beschäftigte Kenntnisse über die Zusammenhänge der betrieblichen Produktion haben, um sachgerecht Entscheidungen treffen zu können. Dahinter steckt ein Zwang, der von den Produktivkräften ausgeht und die Kapitalisten nötigt, schon innerhalb des Rahmens des Kapitalismus gewisse Schritte zur weiteren Vergesellschaftung der Produktion zuzulassen, um ihre Maximalprofite zu sichern.

Doch derartige Versuche stoßen auch im "progressivsten" Unternehmen auf unüberwindliche Schranken. Im Rahmen der kapitalistischen Produktion wird es immer nur ein **Teil** der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Angestellten sein, dem Überblick über Gesamtzusammenhänge der Produktion gewährt wird und dem Entscheidungskompetenzen zugebilligt werden. Solche Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte mögen eine Zeitlang zufriedener sein und eine hohe Arbeitsleistung erbringen, da sie die Illusion haben, die Produktion sei **ihre** Produktion, sie würden darüber mitbestimmen. Diese Illusion wird spätestens dann platzen, wenn "ihr" Unternehmen sie nicht mehr braucht. Dann werden sie erkennen müssen, daß sie zwar technisch-organisatorische Entscheidungen im Rahmen der Produktion treffen dürfen und sollen, solange das dem Profit nützt, daß sie aber keinerlei Entscheidungen beeinflussen können, ob, was und zu welchen Zwecken produziert wird. Die progressivsten Management-Strategien können daher die überkommenen Hierarchien und die überkommenen Formen der Arbeitsteilung nicht wirklich beseitigen. Sie können nur hier und da ihren die Produktion hemmenden Auswirkungen entgegenwirken. Zur Beseitigung der überkommenen Hierarchien und der überkommenen Formen der Arbeitsteilung wäre der Sturz des Profitsystems nötig. Ziel aller dieser Motivations-Strategien ist es aber, die Profite zu erhöhen.

Vom Stand der Produktivkräfte her wäre es notwendig, den Zustand zu beseitigen, daß die Arbeiterin, der Arbeiter an eine Teilfunktion gekettet ist. Doch dazu ist das Profitsystem nicht in der Lage. Wenn eine Teilfunktion überflüssig wird, macht dieses System die Arbeiterin / den Arbeiter gleich mit "überflüssig". Die kapitalistische Flexibilisierung bedeutet dann nur, daß die Arbeiterin / der Arbeiter bereit sein soll, zu den schlechtesten und drückendsten Bedingungen eine andere Arbeit anzunehmen, wenn sie bzw. er überhaupt die Chance dazu erhält. Dies steigert den Profit, während gesellschaftliche Ressourcen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Arbeiterklasse in unvorstellbarem Ausmaß vergeudet werden.

Die Klassengesellschaft, die mit dem Profitsystem untrennbar verbunden ist, ist zu einem immer unerträglicheren Hemmschuh der Entwicklung der Produktivkräfte und der Gesellschaft geworden. Sie muß durch den Kommunismus ersetzt werden, durch eine Gesellschaft ohne Klassenunterschiede, in der niemand privates Eigentum an den Produktionsmitteln hat, in der die vereinten Produzentinnen und Produzenten über die gesamte Produktion kollektiv bestimmen und in der die Produkte den vereinten Produzentinnen und Produzenten gehören. Im Kommunismus werden die Produzentinnen und Produzenten die Produktion bewußt planen und leiten, ohne Ware-Geld-Beziehungen und ohne Staat. Niemand wird mehr sein ganzes Leben lang auf einen eng begrenzten Bereich von Tätigkeiten festgelegt und beschränkt sein, über dessen Horizont sie bzw. er kaum hinwegsehen kann. Als gesellschaftlich entwickelte und bewußte Individuen werden die Menschen alle Teilfunktionen mit Blick auf das Ganze ausüben, und sie werden die Möglichkeit haben, abwechselnd verschiedene Teilfunktionen zu verrichten. Damit wird auch der Unterschied von nur leitenden und nur ausführenden Funktionen verschwunden sein. Die meisten Entscheidungen werden von den jeweils Betroffenen gefällt werden. Die vergleichsweise wenigen, aber wichtigen zentralen Entscheidungen, die verbleiben, werden von Gremien getroffen, die sich nicht aus Menschen zusammensetzen, welche bis an ihr Lebensende nur diese Funktionen innehaben. Es wird keine besondere gesellschaftliche Schicht sein, aus der sich diese Gremien rekrutieren. Jeder kann realen Einfluß auf die zentralen Entscheidungen und auf

Kommunismus

die jeweilige und wechselnde Zusammensetzung der zentralen Gremien nehmen. Mit der Beseitigung der alten Form der Arbeitsteilung wird die Teilung der Gesellschaft in oben und unten überwunden sein.

An die Stelle der Konkurrenz und des Kampfes aller gegen alle wird das solidarische Zusammenwirken der Menschen in der Gesellschaft treten. Dadurch wird die Individualität der bzw. des Einzelnen keineswegs unterdrückt, sondern im Gegenteil erst voll entfaltet werden. Während die Menschen und die Beziehungen der Menschen untereinander im Kapitalismus immer mehr von "Sachzwängen" beherrscht werden, letztlich also von Verhältnissen, die die Menschen selbst geschaffen haben, werden die vereinten Produzentinnen und Produzenten im Kommunismus kollektiv die Produktion beherrschen und dadurch auch in der Lage sein, die gesellschaftlichen Beziehungen bewußt einzurichten und zu gestalten.

All das geht mit den heutigen Menschen nicht? Ja und nein. Viele Menschen blicken schon heute über den Tellerrand ihrer engen individuellen Interessen hinaus, wenden sich gegen diese und jene gesellschaftlichen Mißstände. Doch sie erfahren ihre Machtlosigkeit, erreichen nur wenig und resignieren häufig. Oft hört man: "Die da oben machen ja doch, was sie wollen." Und so ist es ja auch. Die bestehenden Zustände erziehen dazu, sich um gesellschaftliche Fragen nicht zu kümmern, weil "man ja doch nichts ändern kann". Organisiert einen Übergangsstaat, in dem die "kleinen Leute" mehr und mehr Einfluß auf die Vorgänge in der Gesellschaft ausüben, und das gesellschaftliche Bewußtsein, das heute verkümmern muß, wird zu einer gewaltigen Schubkraft des Fortschritts!

Der Ellenbogen-Mensch ist ein Produkt der Ellenbogen-Gesellschaft, die alle Formen des Egoismus, der Rücksichtslosigkeit, der Geschäftemacherei fördert. Aber viele Menschen opfern selbst in dieser Ellenbogen-Gesellschaft, ohne nach ihrem persönlichen Nutzen zu fragen, Zeit, Geld, Kraft, Ideen, Gesundheit, ja sogar manchmal ihr Leben für soziale Zwecke, für die Gesellschaft, für andere. Doch unter den Bedingungen des Kapitalismus, des Kampfes aller gegen alle, können sich die Möglichkeiten des Menschen zu solidarischem, kollektivem, verantwortungsbewußtem, gesellschaftlichem Verhalten nur sehr schwer entfalten. Der Kapitalismus lenkt die kollektiven gesellschaftlichen Bestrebungen der Menschen auf karitative Felder, wo die Wunden, die der Kapitalismus der Gesellschaft schlägt, etwas gelindert werden

sollen. Im Kommunismus entwickeln sich Menschen, deren Blick nicht auf Einzelaspekte reduziert ist, sondern die für das Ganze denken, die an der gesellschaftlichen Entwicklung aktiv teilhaben, die für ihre Interessen eintreten und sich selbst bestmöglich als Individuum entfalten, um so zugleich auch der Gesellschaft das Bestmögliche zu geben. Wälzt die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Produktionsverhältnisse um, und im Laufe dieses Prozesses wächst ein anderer Mensch heran! Aber natürlich nicht in einem Tag.

Zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus steht eine Übergangsgesellschaft von ersterem zu letzterem. Diese Übergangsgesellschaft ist der Sozialismus.

Als Argument gegen den Sozialismus werden die üblen Zustände in der Sowjetunion, der DDR und anderen osteuropäischen Regimes, die sich als sozialistisch bezeichneten, angeführt, bis hin zu Strukturen des organisierten Verbrechens unter Breshnew. Doch die Ende der 80er Jahre zusammengebrochenen Regimes in der Sowjetunion, der DDR und verschiedenen anderen Ländern waren nicht sozialistisch. Der Sozialismus und die Herrschaft der Arbeiterklasse war dort schon in der ersten Hälfte der 50er Jahre weitgehend beseitigt und durch die Herrschaft einer neuen Ausbeuterklasse ersetzt worden.

Der Umstand, daß dies möglich war, zeigt allerdings, wie schwierig der Übergang zum Kommunismus ist und daß dieser Übergang scheitern kann. Die KPD ist jedoch der Überzeugung, daß dem gescheiterten ersten weltweiten Ansturm auf den Kapitalismus ein zweiter folgen wird.

Auch der Kapitalismus hat historisch nicht in einem Anlauf gesiegt, sondern viele Versuche gemacht, bis er seinen Vorläufer, den Feudalismus, endgültig besiegt hatte. Aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Reichtums wären die Bedingungen heute in Deutschland nach der Errichtung eines Arbeiterstaates wesentlich besser als z.B. 1917 in Rußland. Zudem besteht die Möglichkeit, aus den positiven und negativen Erfahrungen des Sozialismus zu lernen, während frühere Arbeiterstaaten diese Möglichkeiten gar nicht oder nicht in einem solchen Ausmaß hatten wie wir heute.

Ein großes Hindernis wird der Widerstand der alten

Sozialismus

Widerstand
der alten
Ausbeuter
und des
kapitalistischen
Auslands

Ausbeuterklasse und ihrer Freunde im Ausland sein. Die Erfahrungen zeigen, daß diese Kräfte nie aufgeben. Solange auf der Welt irgendwo Kapitalismus existiert, werden diese Kräfte versuchen, den Sozialismus zu zerschlagen. Der Kampf gegen sie kann auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn er von der Mehrheit der Arbeiterklasse geführt wird. Nur wenn diese den Aufbau des Sozialismus zu ihrer eigenen Sache macht, wenn sie dem Druck und der Demagogie des Kapitalismus widersteht, kann der Sozialismus überleben. Auch staatliche Mittel müssen zum Schutz des Sozialismus eingesetzt werden, wie etwa die Bestrafung aller, die organisiert die Restauration des Kapitalismus betreiben, oder das Verbot aller faschistischen Organisationen. Wenn die Arbeiterklasse hier zögert und nicht entschlossen ist, dann reißt das Kapital rücksichtslos die Macht wieder an sich. Schönfärberei und Illusionen vom endgültigen Sieg des Sozialismus dürfen keinen Platz haben. Nur mit Realismus kann die Arbeiterklasse ihre Gesellschaft aufbauen und erhalten.

Rückwärts-
gewandte
Triebkräfte
innerhalb
der
sozialistischen
Gesellschaft

Ein komplizierteres Hindernis besteht darin, daß der Sozialismus nicht mit neuen Menschen aufgebaut werden kann, sondern mit denen aufgebaut werden muß, die noch von der alten Gesellschaft geformt wurden. Viele sind noch auf den engen persönlichen Vorteil und auf den Konkurrenzkampf getrimmt, auch wenn dies letztlich zum Nachteil aller führt.

Ware-Geld-
Beziehungen

Die sozialistische Produktion orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen, doch die bewußte Leitung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung durch die Produzentinnen und Produzenten selbst ist noch zu schwach entwickelt, um für sich allein ein Funktionieren der Wirtschaft zu gewährleisten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Wirtschaft noch auf lange Sicht so organisiert werden muß, daß der einzelne Betrieb, die einzelne Produktionseinheit an seinem bzw. ihrem einzelbetrieblichen Gewinn materiell interessiert ist. Dies gilt sowohl für den genossenschaftlichen als auch für den staatlichen Sektor. Ware-Geld-Beziehungen, Kauf und Verkauf existieren noch, wenngleich sie insbesondere innerhalb des staatlichen Sektors staatlichen Regelungen, Vorgaben und Eingriffen unterliegen, die eine Produktion im Interesse der Bedürfnisse der arbeitenden Menschen ermöglichen und eine chaotische, krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft verhindern sollen. Das Geld bleibt auf lange Sicht noch bestehen, wenn auch die Preise überwiegend staatlich

festgesetzt werden und sich nicht mehr auf einem Markt bilden oder von kapitalistischen Kartellen und Monopolen zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher festgesetzt werden. Auch jede einzelne Produzentin, jeder einzelne Produzent muß noch auf lange Sicht am Ergebnis ihrer bzw. seiner individuellen Arbeit materiell interessiert werden. Auf lange Sicht müssen die Konsumgüter, die jeder erhält, noch nach dem sozialistischen Prinzip "Lohn nach Leistung" verteilt werden. All dies ist keineswegs unser Ideal, doch wir Kommunistinnen und Kommunisten sind keine Phantasten, die glauben, der Kommunismus könne von heute auf morgen verwirklicht werden. Zugleich sind wir uns aber über die unvermeidlichen Schwächen und Halbheiten des Sozialismus, der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, im klaren. Diese Schwächen und Halbheiten des gesellschaftlichen Zustands prägen die Menschen, hemmen ihre Entwicklung zu selbstbewußten Individuen, die sich in der schöpferischen Arbeit im Kollektiv entfalten.

All dies macht es unmöglich, die alte Form der Arbeitsteilung und jegliche Form von Hierarchien sofort vollständig zu überwinden. Folglich kann sich bei denen, die leitende Funktionen verrichten, ein Bewußtsein des Herrschens, des Besser-Seins entwickeln, während bei denen, die ausführende Tätigkeiten verrichten, eine Mentalität des Unterordnens, ein Unterlegenheitsgefühl entstehen kann. Aus solchen zunächst schwer wahrzunehmenden und oft unbewußten Tendenzen heraus kann sich eine Basis für eine Machtveränderung in der Gesellschaft entwickeln. Die einen werden wirklich zu Herrschern, und die arbeitenden Menschen werden wieder beherrscht. Die Führerinnen und Führer, die Leiterinnen und Leiter streben nicht mehr die Beseitigung des Gegensatzes von oben und unten an, sondern seine Verfestigung. Sie "rechtfertigen" dies mit der Behauptung, sie würden "gut für die Menschen sorgen". Ein solcher Prozeß führt dann zur Errichtung einer neuen Ausbeutergesellschaft, auch wenn diese sich sozialistisch nennen mag. Genau dies ist in den sozialistischen und auf dem Weg zum Sozialismus befindlichen Ländern geschehen.

Der sozialistische Staat ist erforderlich, um die den Ausbeutern entrissenen Produktionsmittel in den Händen der Arbeiterklasse zu zentralisieren und zu verwalten und um die gestürzten Ausbeuter und die mit ihnen verbündeten Kräfte im In- und Ausland, die den Kapitalismus restaurieren wollen,

Entlohnung
nach Leistung

Rückwirkung
relativ rück-
ständiger
Verhältnisse
auf die
menschliche
Psyche

Klassenmäßige
Wurzeln der
Gefahr der
Restauration
einer
Ausbeuter-
gesellschaft

Der Staat als
Zugeständnis
an die relative
Rückständig-
keit der
Gesellschaft

gewaltsam niederzuhalten. Doch die Existenz des Staates in der Übergangsgesellschaft ist darüber hinaus auch Ausdruck der Tatsache, daß die Klassenunterschiede, daß insbesondere der Gegensatz von leitenden und ausführenden Tätigkeiten und Funktionen, noch nicht vollständig beseitigt sind, daß die alte Form der Arbeitsteilung noch nicht vollständig überwunden ist, daß individuelle und gesellschaftliche Interessen sich teilweise noch entgegenstehen. Dieser gesellschaftliche Zustand spiegelt sich auch im Staat wider. Es ist zwar ein großer Fortschritt, daß der sozialistische Staat den größten Teil der Produktionsmittel in Besitz nimmt, daß die Produktion nicht mehr von einem blind wirkenden Markt und auch nicht mehr von einigen kapitalistischen Monopolen zum Nutzen des Profits gesteuert wird. Doch die staatliche Form der Vergesellschaftung ist Ausdruck davon, daß die Herrschaft der vereinten Produzentinnen und Produzenten über die Produktion erst in Keimformen entwickelt ist. Im Handeln dieser oder jener Organe des Staates kommen auch Sonderinteressen, private Interessen zum Ausdruck. Dort, wo die Leitung und Kontrolle der Arbeiterklasse nicht oder noch zu wenig entwickelt ist, kommt es zu Bürokratismus. Soweit die Kontrolle über die Rentabilität der Produktion sich darauf beschränkt, daß eine bürokratische Instanz über die Erfüllung von Plänen, Lieferverträgen usw. befindet, besteht die Möglichkeit, sich zu bereichern, ohne dabei vor einem Markt bestehen zu müssen.

Klassen-
kampf im
Sozialismus

Es gibt keinen automatisch wirkenden Mechanismus, der darüber entscheidet, welche Elemente des Sozialismus dominieren, welche sich letztlich durchsetzen werden. Solange Klassenunterschiede, Hierarchien, Überbleibsel der alten Arbeitsteilung, Ware-Geld-Beziehungen, der Staat und verschiedene andere Muttermale der alten Gesellschaft existieren und ihre Entsprechung in der psychischen Wesensart der Menschen haben, besteht die Möglichkeit, daß der Sozialismus beseitigt und durch eine neue Ausbeutergesellschaft wie in der Sowjetunion und der DDR ersetzt wird, die selbst nur Übergangsstufe zum Kapitalismus sein kann. Andererseits bietet der Sozialismus die Möglichkeit, diese Muttermale der alten Gesellschaft nach und nach zu beseitigen und zum Kommunismus voranzuschreiten. Der Klassenkampf wird darüber entscheiden, in welche Richtung sich ein sozialistisches Deutschland entwickeln wird. Die klassenlose Gesellschaft kann nur durch die gesellschaftliche Bewegung der

Arbeiterklasse selbst entstehen. Eine besondere Rolle wird hierbei die Jugend spielen, die grundsätzlich stets offen dafür ist, neuen Entwicklungen den Weg zu bahnen. Die sozialistische Gesellschaft darf die Jugend nicht verwalten und ausschließlich in von vornherein festgelegte Bahnen lenken. Sie muß der Jugend vielmehr die Möglichkeit geben, ihre schöpferische Kraft zu entfalten, damit diese ein Wegbereiter einer neuen Gesellschaft und eines neuen Menschen wird.

Viele Ziele und Forderungen der Arbeiterklasse können im Sozialismus zunächst einmal nur formal, juristisch erfüllt werden. Die formalen Rechte müssen durch das Handeln der Menschen mit Leben gefüllt werden. Beispielsweise erklärt der neu geschaffene Staat der Arbeiterklasse bereits zu Beginn die vollständige Gleich**berechtigung** von Mann und Frau. Er schafft politische, juristische und materielle Ausgangspositionen, bessere Möglichkeiten als je zuvor für den Kampf um die vollständige Gleich**stellung** der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dennoch ist die vollständige Gleichstellung damit noch nicht erreicht; die Möglichkeiten des Sozialismus müssen genutzt werden, um für dieses Ziel weiter zu kämpfen. Ebenso ist es mit der staatlichen Leitung der Wirtschaft. Mit der Verstaatlichung ist nur der erste Schritt dazu getan, daß die gesamte Produktion den Interessen der arbeitenden Menschen dient. Auch in einer verstaatlichten Wirtschaft können einzelne oder bestimmte Gruppierungen die Produktion zu ihrem Nutzen ausrichten. Immer wieder finden sich Schlupflöcher für Leute, die nach ihrem Vorteil schielen oder zu alten Verhältnissen zurückkehren wollen. In welchem Ausmaß die verstaatlichte Produktion tatsächlich gesellschaftliche Produktion zur Befriedigung der Bedürfnisse der arbeitenden Menschen ist, hängt von deren beständigem Eintreten für ihre Interessen ab.

Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die drastische Verkürzung der Arbeitszeit. Dadurch wird Raum für gesellschaftliche und politische Aktivitäten breiter Massen geschaffen und letztlich auch für die Steigerung ihrer beruflichen Qualifikation. Dies wiederum wirkt der Trennung von Kopf- und Handarbeit entgegen, verbessert die Möglichkeiten für einen Wechsel von leitenden und ausführenden Tätigkeiten, von kollektiven Entscheidungsfindungen. Durch all dies wird das kommunistische Element der unmittelbaren Leitung von Produktion und Gesellschaft durch die Produzentinnen und Produzenten selbst gestärkt. Doch Arbeitszeitverkürzung,

technischer Fortschritt sowie die weitgehende Verallgemeinerung von Bildung und Wissen allein reichen für eine solche Entwicklung nicht aus. Vor allem muß Kräften entgegengetreten werden, die aus klassenmäßigen Interessen heraus ein Gegenüber von oben und unten, alte Leitungsformen und Hierarchien auch dort noch verteidigen, wo sie bereits überholt sind.

Ein solcher Kampf muß in allen gesellschaftlichen Bereichen geführt werden, denn nur so kann der ganze Komplex von gesellschaftlichen Verhältnissen, die in der alten, noch nicht vollständig überwundenen Klassengesellschaft wurzeln, nach und nach vollständig beseitigt werden und kommunistischen Verhältnissen weichen. Dieser Prozeß kann scheitern, wenn die Arbeiterklasse und die Kommunistinnen und Kommunisten Fehler machen, wenn sie rückwärtsgewandten Kräften freies Feld überlassen, wenn sie nicht rechtzeitig das Leben der Gesellschaft weiterentwickeln und revolutionieren.

Die
kommunis-
tische
Partei im
Sozialismus

Um den Kampf für den Übergang zum Kommunismus entschieden führen zu können, werden sich auch im Sozialismus die fortschrittlichsten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere fortschrittliche Menschen in der kommunistischen Partei organisieren. Die Mitglieder dieser Partei müssen bewußt die kommunistischen Ziele anstreben; sie müssen bereit sein, persönliche Opfer zu bringen, wenn die gesellschaftlichen Interessen das erfordern. Die Arbeiterklasse braucht eine solche Partei, die nicht per Beschluß oder Gesetz führt, sondern durch ihre aktive Rolle bei der Umgestaltung der Gesellschaft an der Spitze steht. Eine solche Partei muß Karrierismus, Pöstchenjägeri, Bürokratismus, Privilegien usw. in ihren eigenen Reihen energisch bekämpfen. Um dies tun zu können, muß sie vorwiegend aus Arbeiterinnen und Arbeitern bestehen und muß sie sich unter die Kontrolle auch der parteilosen Arbeiterinnen und Arbeiter stellen.

Diese Partei muß in planmäßiger Weise auf alle gesellschaftlichen und staatlichen Angelegenheiten Einfluß nehmen, darf aber keineswegs anstreben, daß alle Entscheidungskompetenzen in ihren Händen konzentriert werden. Einflußnahme der kommunistischen Partei auf den Staat darf nicht bedeuten, daß die Partei den Staat als ihre Beute ansieht, sich über die von den Menschen gewählten Organe stellt und diesen Befehle erteilt. Die gewählten Organe sind den Wählerinnen und Wählern verantwortlich, nicht der kommunistischen Partei. Die Gerichte sind den Gesetzen verpflichtet und den

Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern verantwortlich, nicht der kommunistischen Partei. Die Partei wird allerdings versuchen, das Vertrauen möglichst vieler Menschen zu gewinnen, und wird gemeinsam mit parteilosen Menschen dafür kämpfen, daß die Staatsorgane im Interesse der Arbeiterklasse, im Interesse der Festigung des Sozialismus und im Interesse der kommunistischen Ziele tätig sind. In gesellschaftlichen Vereinigungen wie den Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Frauenorganisationen usw. werden die Kommunistinnen und Kommunisten gleichberechtigt mitarbeiten und für die Ziele des Kommunismus eintreten. Keineswegs werden sie bestrebt sein, diesen Organisationen ihre Meinung aufzuzwingen und mittels formaler Regeln und Mechanismen durchzusetzen.

Wenn die KPD auch weit davon entfernt ist, den Sozialismus zu verklären und die in ihm teilweise noch fortwirkenden Widersprüche der alten Gesellschaft zu vertuschen, so erklären wir gleichzeitig: Der Sozialismus wird die Lage der Arbeiterklasse in vieler Hinsicht sofort ganz bedeutend verbessern.

Kapitalisten, Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzer werden entschädigungslos enteignet. Ihr Eigentum wird vom sozialistischen Staat in Besitz genommen. Das Chaos der Marktwirtschaft, die Aggressivität des Monopolkapitalismus werden einer im Interesse der Gesellschaft koordinierten und geplanten Wirtschaft weichen. Die kapitalistische Ausbeutung ist damit beseitigt, ebenso die Arbeitslosigkeit und die ständige Steigerung der Arbeitshetze. Die Vergeudung ungeheurer gesellschaftlicher Mittel durch die Zinsgewinne der Banken, durch Spekulation, Kapitalexport usw. wird beseitigt. Diese Reichtümer, die die Arbeiterklasse geschaffen hat, werden ihr nun auch zugute kommen, statt der Eroberung ausländischer Märkte, der Unterdrückung anderer Völker und der Anhäufung von Kapital in den Händen einiger weniger zu dienen oder am Spieltisch der Börse verjubelt zu werden. Die sozialistische Produktivität ist höher als die kapitalistische, doch sie ist eine Produktivität anderer Art: Sie orientiert sich nicht vorwiegend an der Verwertung investierter Geldmittel, sondern an den Interessen der Arbeiterklasse. Diese Orientierung wird auch dazu führen, daß Art und Ziel der Produktion in weiten Bereichen umgestellt werden. Verschwendung sowie die Produktion von Schund- und Verschleißartikeln werden sofort stark reduziert.

Machen der technische Fortschritt und die Umgestaltung der

Sofortiger
Fortschritt,
den der
Sozialismus
bringt

Sozialistische
Wirtschafts-
ordnung

gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion in einem Wirtschaftsbereich weniger Arbeit erforderlich, so wird dies zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Verlagerung von Arbeitskräften in andere Bereiche führen, in denen mehr Arbeitskräfte nötig sind, z.B. in die Bereiche Umweltschutz, Forschung, Ausbildung. Eine solche Wirtschaftsweise befriedigt die Konsumbedürfnisse der arbeitenden Menschen, beseitigt die enge Spezialisierung der Produzentinnen und Produzenten auf einen kleinen Teilbereich der Produktion, fördert den schöpferischen Charakter der Arbeit, schafft mehr freie Zeit zur Entfaltung des Individuums und ist der wirksamste Beitrag zum Schutz der Umwelt. Führt der technische Fortschritt im Kapitalismus zu Krisen, Arbeitslosigkeit und wachsender Verelendung derjenigen, die die Reichtümer der Gesellschaft schaffen, so wird er im Sozialismus zum Wohle der Arbeiterklasse genutzt werden.

Wenn die Entlohnung auf dem Leistungsprinzip beruhen wird, so ist dies nicht nur ein über längere Zeit unvermeidliches Überbleibsel der alten Gesellschaft, sondern zugleich auch ein gewaltiger Schritt über den Kapitalismus hinaus. Solche Erscheinungen wie Spekulanten, die ohne jede produktive Tätigkeit Riesenprofite machen, und "Volksvertreter", die sich ohne jede Leistung für das Volk die Taschen füllen, werden sofort beseitigt. Das Prinzip der Entlohnung nach Leistung beinhaltet allerdings die Gefahr, daß die Verrichtung spezieller, insbesondere leitender, Funktionen als besonders qualifiziert dargestellt und über Gebühr entlohnt wird. Gegen solche Erscheinungen muß gekämpft werden, hohe Einkommensunterschiede und ungerechtfertigte Privilegien müssen abgeschafft werden. Das Einkommen und die Lebensbedingungen aller Staatsangestellten müssen offengelegt werden und der gesellschaftlichen Diskussion unterliegen. Um den Sozialismus aufbauen zu können, benötigen die arbeitenden Menschen einen völlig anderen Staat als je zuvor in der Geschichte. Mit der verfaulten, korrupten bürgerlichen Staatsmacht und ihrer Armee, Polizei, Justiz, ihrem Parlament und ihrem Verwaltungsapparat ist eine solche historische Umwälzung nicht zu vollziehen. Diese Organe schließen die Arbeiterklasse ja gerade von jeder gesellschaftlich bedeutenden Einflußnahme aus. Diese Organe unterdrücken und helfen bei der Organisation der Ausbeutung. Ein sozialistischer Staat unterscheidet sich zugleich grundlegend von dem pseudo-sozialistischen Staat in der DDR, der jede Lebensäußerung der

Diktatur
des
Proletariats

Arbeiterklasse reglementieren wollte. Der sozialistische Staat muß ein Instrument der Arbeiterklasse sein, er darf sich nicht über die Menschen und über die Gesellschaft stellen. So wie jeder Staat Instrument der Herrschaft einer Klasse ist, so ist der sozialistische Staat Instrument der herrschenden Arbeiterklasse. Er ist die Diktatur des Proletariats. Er ist Instrument der Arbeiterklasse, um im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften ihre Macht zu behaupten und auszuüben und ihre Interessen durchzusetzen. Er ist insbesondere ihr Instrument bei der kommunistischen Umgestaltung der Gesellschaft, mit deren Errichtung er absterben wird.

So lange er existiert, besteht allerdings die Gefahr, daß er Sonderinteressen gegenüber der Arbeiterklasse entwickelt; dies gilt auch für die kommunistische Partei. Der Staat wie auch die kommunistische Partei sind im Sozialismus notwendig, doch sie sind zugleich auch Ausdruck einer relativen gesellschaftlichen Rückständigkeit, Ausdruck davon, daß sich die Gesellschaft erst im Übergang zum Kommunismus befindet, wo Partei und Staat nicht mehr existieren werden. Allen Tendenzen, Partei und Staat zu vergötzen, muß daher entgegengetreten werden.

Der sozialistische Staat muß den arbeitenden Menschen **mehr** Rechte und Freiheiten bieten als der bürgerliche Staat. So werden die Abgeordneten nicht über bzw. fern vom Volk stehen, sondern von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen bereits vor den Wahlen selbst ausgesucht und als Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Sie müssen regelmäßig über ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen, werden von den Wählerinnen und Wählern kontrolliert und können auch vorzeitig jederzeit abgewählt werden. Auch hier muß aber ein ständiger Kampf darum geführt werden, daß diese Rechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern ausgeübt werden. Ebenso muß ständig darum gekämpft werden, daß Regierung, Verwaltung und alle Einrichtungen und Institutionen des Staates und der Wirtschaft nicht nur formal, sondern real den gewählten Machtorganen unterstehen. In all den Bereichen, in denen die sozialistische Gesellschaft Herrschaftsfunktionen, Spezialistinnen und Spezialisten usw. noch braucht, muß ständig überprüft werden, ob und in welchem Ausmaß solche Funktionen noch notwendig sind und wie der Einfluß der Arbeiterklasse gestärkt werden kann. Jeder Form einer schleichenden Verbeamtung von Herrschaftsfunktionen muß entgegen gewirkt werden.

Sozialistische
Demokratie

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sollen nicht nur über die Räte, sondern in wachsendem Maße auch unmittelbar auf Angelegenheiten der Wirtschaft und des Staates Einfluß nehmen, sollen am Regieren, Verwalten und Wirtschaften immer stärker teilnehmen, um so allmählich Spezialistinnen und Spezialisten, Funktionärinnen und Funktionäre, Berufspolitikerinnen und -politiker überflüssig zu machen. Eine Bedingung hierfür ist, daß alle gesellschaftlichen und staatlichen Bereiche so transparent wie möglich sind, daß sie von den Staatsbürgerinnen und -bürgern, den gewählten Vertretungskörperschaften, den gesellschaftlichen Organisationen und den Medien ausgeleuchtet werden können und nicht Privatsache einiger Spezialistinnen und Spezialisten, einiger Geheimnisträgerinnen und -träger bleiben. Vor allem aber muß das gesamte politische und gesellschaftliche Leben der Rätewacht so beschaffen sein, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter sehen und erleben können, daß sie ihre ureigensten Interessen vertreten, wenn sie für die Interessen der Gesellschaft eintreten.

Die gesellschaftliche Diskussion der Wirtschaftspläne spielt eine wichtige Rolle beim Kampf um ein kommunistisches Gemeinwesen, in dem das Individuum die gesellschaftlichen Angelegenheiten als seine eigene Sache begreift und behandelt. Diese Diskussion darf sich nicht darauf beschränken, daß man die staatlich vorgelegten Entwürfe billigen und nur innerhalb dieses Rahmens technisch-organisatorische Verbesserungsvorschläge machen darf. Vielmehr sollen möglichst viele Menschen über die grundlegende Entwicklungsrichtung der Produktion und damit der Gesellschaft mitentscheiden. Dadurch werden sie nach und nach real zu kollektiven Eigentümerinnen und Eigentümern der Produktionsmittel, wird das sozialistische Eigentum wirklich und nicht nur in der Phrase zu Volkseigentum.

Es läßt sich nicht voraussagen, wie ein sozialistisches Deutschland in allen Einzelheiten aussehen wird und welche Entwicklungsstadien es beim Übergang zum Kommunismus durchlaufen wird. Doch aufgrund der historischen Erfahrungen und aufgrund des Entwicklungsstandes der Gesellschaft in Deutschland lassen sich nach Auffassung der KPD einige grundlegende Ziele benennen, die mit dem Sieg der sozialistischen Revolution in Deutschland rasch verwirklicht werden können und müssen:

Das sozialistische Programm der KPD

Arbeit und Gesellschaft

1.) Industrie- und Handelsunternehmen, Banken und Versicherungskonzerne, die Massenmedien sowie der große Grundbesitz werden entschädigungslos enteignet und in Staats Eigentum überführt, um die Grundlagen für eine sozialistische Wirtschaftsordnung ohne Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Arbeitshetze, Inflation und Wohnungsnot zu legen.

2.) Die chaotische, krisenhafte kapitalistische Wirtschaftsordnung, in deren Mittelpunkt die Jagd nach Profit steht, wird einer gesellschaftlich koordinierten und geplanten Produktion weichen, die der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes dient. Die Koordinierung und Planung der Produktion sowie der Verteilung der Produkte muß von Anfang an auf einer Verbindung von staatlichen und gesellschaftlichen, z.B. gewerkschaftlichen, Aktivitäten beruhen.

3.) Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben das Recht, sich zu allen Fragen des gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftsplans jederzeit zu äußern und diesen Plan vor seiner Verabschiedung zu diskutieren. Die Belegschaften haben das Recht, den Teilplan für ihren Betrieb bzw. ihre Wirtschaftseinheit vor der Verabschiedung zu diskutieren. Die Entscheidung über den Gesamtplan wird durch das oberste Organ der Räte Demokratie getroffen. Der Plan gibt dann verbindlich den Rahmen vor, innerhalb dessen die einzelnen Betriebe eigenverantwortlich und selbständig handeln, wobei sie gegenüber der Gesellschaft rechenschaftspflichtig bleiben. Im Zuge der Durchführung des Plans werden die praktischen Erfahrungen ständig zur Verbesserung und Konkretisierung genutzt.

4.) In den Betrieben und sonstigen Wirtschaftseinheiten haben die Arbeiterinnen und Arbeiter das Recht, an allen Entscheidungen mitzuwirken, die die Produktion und die Arbeitsbedingungen betreffen. Entsprechend den jeweiligen Bedingungen müssen sie Rechte erhalten, auf die Besetzung der Betriebsleitung Einfluß zu nehmen und diese zu kontrollieren. Sie haben das Streikrecht.

Die Kontrolle über Produktion und Verteilung durch die Belegschaft des jeweiligen Betriebs wird durch überbetriebliche Kontrollorgane der Arbeiterklasse ergänzt, die jederzeit unangemeldet kontrollieren können.

5.) Die Ausplünderung der Gesellschaft durch die Banken, die Verschleuderung gesellschaftlicher Mittel durch Spekulation, der Kapitalexport, das Streben nach Eroberung ausländischer Märkte usw. werden sofort beseitigt. Wirtschaftliche Verschwendung und Produktion von Verschleiß- und Schunderzeugnissen werden sofort drastisch reduziert, der bürokratische Verwaltungsapparat in Staat und Wirtschaft wird abgebaut. Ausgehend vom derzeitigen Stand der Produktivkräfte und unter Berücksichtigung der Freisetzung der schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit wird es möglich sein, relativ schnell die Arbeitszeit erheblich zu verkürzen, Akkord-, Schicht- und Nachtarbeit sowie Überstunden drastisch einzuschränken, soziale Mißstände zu beseitigen und den Lebensstandard zu erhöhen.

6.) Die Bezahlung erfolgt nach dem Leistungsprinzip. Ungerechtfertigte und überhöhte Einkommensunterschiede werden sofort drastisch reduziert und nach und nach weiter abgebaut, wobei das Tempo der Verringerung der Einkommensunterschiede von den materiellen Möglichkeiten und insbesondere von den Fortschritten beim Abbau der Teilung der Gesellschaft in Leitende und Spezialisten einerseits und Ausführende andererseits abhängt.

7.) Durch die Beseitigung der Herrschaft der Monopole und insbesondere der Großbanken über den Staat entfällt die steuerliche Ausplünderung der Arbeiterklasse. Indirekte Steuern werden sofort beseitigt. Wenn noch Steuern erhoben werden, wird das Steuersystem für jede Staatsbürgerin und jeden Staatsbürger klar und durchsichtig sein. Der Staat muß weitaus billiger arbeiten als der bürgerliche Staat. Das Finanzgebaren des Staates muß weitgehend offengelegt werden und kontrollierbar sein.

8.) Der Kapitalismus hat die Umwelt des Menschen in einem solchen Maße zerstört, daß eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeitermacht darin bestehen wird, diese Schäden so weit und so schnell wie möglich zu beseitigen. Die sozialistische Produktion muß so organisiert werden, daß mit den natürlichen Ressourcen des Menschen möglichst schonend umgegangen wird.

Es werden rasche und wirksame Maßnahmen zum Schutz der Umwelt ergriffen, insbesondere:

- Überprüfung der Umweltbelastung durch alle Produktionstechniken. Vorrang für Produktionstechniken, die

die Umwelt nicht oder nur gering belasten, auch wenn dadurch zunächst höhere Kosten entstehen;

- rasche Einstellung jeglicher die Gesundheit und das Leben der Menschen akut gefährdender Produktion wie z.B. Atomkraftwerke;
- Sofortmaßnahmen zur Einschränkung des Rohstoff- und Energieverbrauchs;
- Ausbau der Massenverkehrsmittel, Reduzierung des Individualverkehrs, soweit dieser mit der Gesundheit, dem Umweltschutz und anderen Erfordernissen des gesellschaftlichen Lebens nicht vereinbar ist;
- Einführung des Verursacherprinzips, d.h. Betriebe, Einrichtungen oder Personen, die die Umwelt schädigen, müssen dafür aufkommen. Die gesellschaftlichen Kosten für Umweltschäden und deren Beseitigung werden bei den Preisen von Produkten berücksichtigt.

9.) Der Kapitalismus ruiniert die Bäuerinnen und Bauern, Handwerkerinnen und Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die von eigener Arbeit leben. Im Sozialismus werden sie die Möglichkeit haben, die Früchte ihrer Arbeit ohne Angst und Sorgen zu genießen. Mit der Enteignung der Banken werden ihre Schulden gestrichen. Mit der Verstaatlichung der Nahrungsmittelmonopole werden die knechtenden Ablieferungsverträge aufgehoben. Der sozialistische Staat wird den Bäuerinnen und Bauern alle Betriebsmittel zu günstigen Preisen liefern und ihre Produkte zu festen Preisen abnehmen. Um die Bäuerinnen und Bauern von Großinvestitionen zu entlasten, wird der sozialistische Staat ihnen das wichtigste landwirtschaftliche Gerät zusammen mit Fachpersonal billig zur Verfügung stellen.

Bäuerinnen und Bauern, Handwerkerinnen und Handwerker werden zum genossenschaftlichen Zusammenschluß auf freiwilliger Grundlage ermutigt. Niemand wird dazu gezwungen. Die Bäuerinnen und Bauern, die Handwerkerinnen und Handwerker werden die Möglichkeit haben, sich von den Vorteilen praktisch zu überzeugen. Durch gemeinsames Wirtschaften können sie alle Möglichkeiten und Rechte wie die Arbeiterinnen und Arbeiter erhalten, z.B. Recht auf Urlaub, Sozialleistungen, sicherer Arbeitsplatz.

Statt Vernichtung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird eine optimale Versorgung der Bevölkerung angestrebt. Statt einer minderwertigen Massenproduktion voll Chemie (z.B. wässriges Fleisch voll von Hormonen, giftgespritztes Obst und Gemüse)

wird eine qualitativ hochwertige landwirtschaftliche Produktion möglichst frei von Giften und Rückständen angestrebt.

10.) Durch die allseitige Entwicklung sowohl der Städte als auch des Landes in Bezug auf Produktion, Kultur und Infrastruktur wird der vom Kapitalismus ererbte Gegensatz von Stadt und Land, unter dem sowohl die Stadt- als auch die Landbevölkerung leidet, so rasch wie möglich abgebaut.

11.) Die Jugend verkörpert die Zukunft der Gesellschaft. Vor allem soll sie lernen, selbständig und verantwortlich zu handeln. Der sozialistische Staat wird deshalb dafür sorgen, daß die Jugend ihre Freizeit möglichst weitgehend selbst gestalten kann. So wird er freie Jugendhäuser und eigene Initiativen der Jugendlichen unterstützen. Ebenso soll die Jugend schon möglichst früh auf freiwilliger Basis in die Verwaltung von Staat und Wirtschaft einbezogen werden, damit sie aktiv an der Zukunft der sozialistischen Gesellschaft mitarbeiten kann.

12.) Im Sozialismus wird die völlige rechtliche Gleichstellung der Frau sofort hergestellt. Kindererziehung und Haushalt werden als gesellschaftliche Aufgaben betrachtet, und entsprechende Einrichtungen werden rasch geschaffen (Kinderkrippen und Kindergärten in ausreichender Zahl mit Öffnungszeiten, die an die Arbeitszeiten angepaßt sind; Essen in Kindergarten, Schule, Betrieb usw.). In Ausbildung und Beruf werden Maßnahmen zur Herstellung gleicher Chancen und zur besonderen Förderung von Frauen getroffen. Aber die vollständige Gleichstellung der Frau, die Beseitigung jeder Form gesellschaftlicher Benachteiligung gegenüber dem Mann, kann nicht allein durch Gesetze und soziale Maßnahmen erreicht werden. Sie muß erkämpft werden. Dieser Kampf muß sich auch gegen patriarchalische Traditionen und Verhaltensweisen und gegen rückständige Anschauungen richten.

13.) Mit der Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse wird auch die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter abgeschafft. Alle, die in Deutschland bleiben wollen, erhalten die deutsche Staatsbürgerschaft zuerkannt. Sie bekommen damit gleiche Rechte, und zwar unabhängig davon, ob sie die bisherige Staatsbürgerschaft behalten wollen. Sie haben das Recht, ihre Kultur frei zu pflegen.

14.) Die alten Menschen sind im Kapitalismus abgeschrieben, da sie nicht ausreichend Profit bringen. Sie zählen nur noch als

Konsumentinnen und Konsumenten. Sie sind vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten und vegetieren oft nur am Rande des Existenzminimums. Häufig sind sie auf Sozialhilfe angewiesen. Im Sozialismus erhält jeder alte Mensch durch Einführung einer existenzsichernden Mindestrente die Möglichkeit, selbständig zu leben. Statt Altenghettos werden ausreichend altengerechte Wohnungen und Zimmer in den Wohngebieten angeboten, um so alte Menschen zu integrieren. Bewußt wird die aktive Teilnahme von alten Menschen am gesellschaftlichen Leben gefördert, um so auch von ihren Erfahrungen zu lernen.

15.) Das Bildungssystem wird grundlegend umstrukturiert. Es muß die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit fördern. Jeder soll die für ihn bestmögliche Bildung und Ausbildung erhalten. Um bestehende Ungleichheiten abzubauen, erhalten Arbeiter- und Bauernkinder besondere Förderung. Eliteschulen werden abgeschafft. Wir streben ein Schulsystem an, das von allen gemeinsam durchlaufen wird. Die Trennung von Schule und Produktion wird durch den polytechnischen Unterricht, der der Vorbereitung auf das Berufsleben dient, aufgehoben. Der Lehrkörper wird von den Arbeiterklasse kontrolliert, die Rechte der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler werden erweitert. Die Inhalte des Unterrichts sollen der Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft dienen. Eine kritische Auseinandersetzung mit Mängeln und Schwächen der Gesellschaft wird gefördert. Es sollen selbstbewußte junge Menschen heranwachsen, die ihr Schicksal in die Hand nehmen und Verantwortung für die Gesellschaft tragen. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, ihr ganzes Leben lang zu lernen und das erworbene Wissen mit ihren praktischen Tätigkeiten zu verbinden.

16.) Die Kultur wird vom sozialistischen Staat gefördert. Zum einen werden Möglichkeiten geschaffen, daß möglichst viele Menschen selbst kulturell tätig werden können, zum anderen sollen die Menschen die Möglichkeit haben, gute Kultur zu konsumieren. Die Kultur soll vielfältig sein und den verschiedenen Bedürfnissen nach schöpferischer Aktivität, Unterhaltung, Bildung usw. entsprechen. Es darf keine staatliche Einheits-Kultur geschaffen werden. Kultur menschenverachtenden, z.B. rassistischen, völkerverhetzenden und pornographischen Inhalts wird verboten.

Politisches Leben

17.) Die Gewaltinstrumente des Kapitals - Militär, Polizei, Geheimdienste, Justiz usw. - werden in der sozialistischen Revolution zersetzt, entwaffnet und zerschlagen. Statt ihrer wird aus den Reihen der Arbeiterklasse eine neue Staatsmacht aufgebaut, die der Arbeiterklasse dient. Alle Instrumente des Arbeiterstaates, die sich in der Revolution herausbilden werden, insbesondere seine bewaffneten Organe, müssen von Beginn an der demokratischen Kontrolle durch die Arbeiterklasse unterliegen.

18.) An die Stelle des bürgerlichen Parlaments und der bürgerlichen Regierung wird eine Räterepublik treten. Die Räte sind auf allen Ebenen die Machtoorgane des neuen Staates. Sie werden in direkter und geheimer Wahl von den Staatsbürgerinnen und -bürgern gewählt. Sie müssen regelmäßig Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen und können von den Wählerinnen und Wählern jederzeit - also auch vorzeitig - abgewählt werden. Möglichst viele Abgeordnete sollen ihre Berufstätigkeit für die Zeit, in der sie Abgeordnete sind, nicht unterbrechen, damit die Entscheidungen der Räte nicht nur von Berufspolitikern und -politikerinnen gefällt werden. Abgeordnete erhalten als Entschädigung für ihre Tätigkeit nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Entsprechend den gegebenen Möglichkeiten sollen auch Jugendliche in die Räte gewählt werden.

19.) Soweit möglich, werden Entscheidungen auf lokaler Ebene und durch die Betroffenen selbst bzw. unter maximaler Einbeziehung der Betroffenen gefällt.

20.) Es herrscht Meinungs-, Rede-, Demonstrations-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

Forschung und Lehre sowie die Künste werden im Rahmen der Beschlüsse der Räte sowie anderer gesellschaftlicher Organisationen gefördert. Es wird allen in diesem Bereich tätigen Menschen ein weiter Spielraum garantiert.

Die Medien werden verstaatlicht und von der Gesellschaft entsprechend von ihr selbst gesetzten Regeln genutzt. Jeder hat entsprechend diesen Regeln aktiv und passiv Zugang zu den Medien. Sie werden so weit wie möglich lokal verwaltet.

Überall muß Platz für eine freie, ungeschminkte Auseinandersetzung über die Weiterentwicklung der Gesellschaft, über Mängel und Schwächen, über Alternativen usw. sein.

Sexuelle Betätigung wird vom Staat grundsätzlich als Privatsache der Beteiligten angesehen sowie gegen Diskriminierungen geschützt, sofern dabei keine physische oder psychische Gewalt ausgeübt wird oder sonst Rechte anderer beeinträchtigt werden.

21.) Bestraft werden kann man nur für Handlungen, die gesetzlich definiert und mit Strafe bedroht sind. Folgende Freiheiten werden abgeschafft:

- das Recht, Organisationen zu bilden, die den Sozialismus stürzen und den Kapitalismus wiederherstellen bzw. dies vorbereiten sowie Propaganda dafür betreiben wollen;
- das Recht auf Ausbeutung und auf Privateigentum an Produktionsmitteln, mit denen andere ausgebeutet werden;
- das Recht auf großen Grundbesitz. Grundbesitz ist nur zum Eigenbedarf gestattet;
- das Recht auf faschistische und rassistische Propaganda und Organisierung;
- die Finanzierung politischer und gesellschaftlicher Organisationen aus dem Ausland.

22.) Der sozialistische Staat wird sich im Kampf gegen konterrevolutionäre Bestrebungen vor allem auf die Arbeiterklasse selbst stützen. Es muß ein ständiger Kampf gegen die Gefahr geführt werden, daß sich solche Organe des Staates wie Militär, Polizei und Geheimdienst verselbständigen und von den Interessen der Arbeiterklasse loslösen.

So werden in der Armee formaler Drill und Kadavergehorsam abgeschafft.

Der Geheimdienst untersteht wie jedes staatliche Organ den Räten. Die grundlegende Orientierung seiner Tätigkeit und seine Arbeitsmethoden unterliegen der öffentlichen Diskussion und Kontrolle. Die führenden Personen des Geheimdienstes sind der Öffentlichkeit bekannt.

Das sozialistische Deutschland wird kein Überwachungsstaat sein. Die systematische Erfassung von allem und jedem ist den Staatsorganen verboten. Die Einrichtungen, die der Imperialismus zur Überwachung der Bürgerinnen und Bürger geschaffen hat, werden zerstört.

Jegliche Form von Folter ist verboten.

23.) Jede staatliche Tätigkeit unterliegt der unmittelbaren Kontrolle der zuständigen Räte und so weit wie möglich der unmittelbaren Kontrolle und Einflußnahme seitens der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Die Regierung, die Verwaltung und alle Staatsangestellten (außer den Richterinnen

und Richtern) unterliegen den Weisungen der Räte. Auf die Besetzung besonders wichtiger Stellen in Staat und Verwaltung (z.B. Regierung bzw. Exekutivorgane der Räte auf den unteren Ebenen, Richterinnen und Richter, Lehrerinnen und Lehrer, Leitungspersonen von Medien, Offizierinnen und Offiziere, führende Personen von Polizei und Geheimdienst) können die Staatsbürgerinnen und -bürger entsprechend den gegebenen Möglichkeiten unmittelbaren Einfluß nehmen.

24.) Um die Kontrolle des Staates durch die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu ermöglichen, sind die Räte sowie die Regierung und Verwaltung verpflichtet, nicht nur ihre Beschlüsse und Entscheidungen offenzulegen, sondern auch die Ziele und Interessen, die damit verbunden sind, die Methoden der Durchführung und die Resultate. Beispielsweise sind Staatsorgane bei der Festsetzung von Preisen verpflichtet, die Selbstkosten sowie die Beweggründe anzugeben, aus denen heraus ein bestimmter Preis über bzw. unter den Selbstkosten zuzüglich des durchschnittlichen Gewinnprozentsatzes festgelegt wird, damit eine gesellschaftliche Diskussion über die Preispolitik ermöglicht wird.

25.) Der Verwaltungsapparat wird so weit wie möglich vereinfacht. Verordnungen, Vorschriften und Formulare müssen ebenfalls so einfach wie möglich sein. Jeder Ansatz zu Bürokratie muß bekämpft werden. Staatsangestellte werden entsprechend den Löhnen in Industrie und Handel bezahlt. Sie nehmen regelmäßig an der Produktion teil. Das Berufsbeamtentum wird abgeschafft.

26.) Der Staatsapparat darf nicht die Beute von Parteien sein. Eine Finanzierung politischer Parteien aus dem Staatshaushalt ist verboten. Parteien müssen sich ausschließlich auf freiwilliger Grundlage aus Beiträgen und Spenden ihrer Mitglieder sowie Anhängerinnen und Anhänger finanzieren.

27.) Kirche und Staat werden getrennt. Kirchensteuer und religiöse Kindererziehung an den Schulen werden abgeschafft. Der sozialistische Staat wird die religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen der Staatsbürgerinnen und -bürger als deren Privatsache betrachten und das Recht auf freie Religionsausübung im Rahmen der Gesetze gewährleisten.

28.) Die Richterinnen und Richter sind unabhängig gegenüber anderen Stellen des Staates, müssen aber in geeigneter Weise der Kontrolle durch gesellschaftliche Organisationen und durch die Arbeiterklasse selbst unterliegen.

Jede staatliche Maßnahme ist durch Gerichte überprüfbar.

Auf Rechtsanwältinnen und -anwälte darf kein staatlicher Einfluß ausgeübt werden, soweit sie im Rahmen der Gesetze ihre Funktionen ausüben.

29.) Die Justiz ist kostenlos. Die gesetzlichen Bestimmungen werden so weit wie möglich vereinfacht.

Ziel der Strafjustiz ist vor allem der Schutz der Menschen und der sozialistischen Gesellschaft gegen Kriminalität und gegen Versuche, den Kapitalismus wiederherzustellen. Im Strafverfahren kann nur derjenige verurteilt werden, dem seine Straftat nachgewiesen wurde. Strafgefangene müssen während und nach der Haft so behandelt werden, daß sie die Chance der Resozialisierung haben. Ihre Menschenwürde muß geachtet werden.

30.) Das sozialistische Deutschland wird ein Rechtsstaat sein, in dem die Gesetze für jeden gelten. Dadurch wird es sich vom angeblichen Rechtsstaat der BRD unterscheiden, in dem das gleiche Recht für jeden nur formal ist, in dem diverse Gesetzesverstöße und sogar Verbrechen der Reichen als Kavaliersdelikte oder gar nicht geahndet werden. Ebenso wird es sich vom Willkürregime der SED unterscheiden, in dem die Politbürokratie über den Gesetzen stand.

Außenbeziehungen

31.) Das sozialistische Deutschland wird strikt seine Unabhängigkeit wahren und die Unabhängigkeit anderer Staaten achten. Es wird keine fremden Truppen und Militärstützpunkte auf seinem Boden dulden und nach dem Sieg der Arbeiterklasse alle deutschen Truppen aus dem Ausland abziehen. Alle imperialistischen Verträge werden annulliert. Auslandsschulden an imperialistische Mächte werden nicht anerkannt. Schulden industriell wenig entwickelter sowie abhängiger Staaten gegenüber deutschen Monopolen und dem deutschen Staat werden gestrichen. Das Eigentum ausländischer Kapitalisten in Deutschland wird entschädigungslos enteignet und in Staatseigentum überführt. Alle Verträge, die die Ausbeutung anderer Völker und Nationen durch den deutschen Imperialismus zum Gegenstand haben, werden aufgehoben. Das sozialistische Deutschland wird für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und Nationen eintreten.

Es wird keine Auslandsschulden aufnehmen und auch nicht andere Staaten durch Kredite versklaven. Der Export von

Waren dient nicht der Eroberung fremder Märkte, sondern der Befriedigung der Bedürfnisse der arbeitenden Menschen und zur Finanzierung der dazu notwendigen Importe. Durch das Außenhandelsmonopol des Staates wird die Einhaltung dieser Grundsätze gewährleistet.

32.) Grundlage der Außenpolitik des sozialistischen Deutschlands werden die Prinzipien der Nichteinmischung, des gegenseitigen Vorteils und der Völkerfreundschaft sein. Ebenso wird es solidarisch mit dem Kampf der Arbeiter aller Länder für den Sozialismus und dem Kampf aller Völker gegen den Imperialismus sein. Befreiten Völkern und anderen sozialistischen Staaten wird es gegenseitige brüderliche Hilfe und Beziehungen anbieten.

Es wird jede imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik energisch bekämpfen und bestrebt sein, seine Beziehungen zu den noch kapitalistischen Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz zu regeln. Es wird mit aller Kraft für die weltweite Vernichtung von Massenvernichtungswaffen eintreten.

Es wird mit den Imperialisten keine Geschäfte auf Kosten der Völker abschließen. Ebenso wird es keine Vorherrschaft über andere Länder anstreben und keine Gebietsansprüche gegenüber anderen Staaten erheben.

Erst wenn der Sozialismus auf der ganzen Welt gesiegt hat, wird es dauerhaften Frieden geben.

Der Weg zum Sozialismus

Einheitsfront

Die Arbeiterklasse ist beständig gezwungen, Abwehrkämpfe gegen die Angriffe des Kapitals auf ihre Lebenslage zu führen, z.B. gegen Entlassungen, Rationalisierung, Reallohnenkungen, Sozialabbau. Die Kommunistinnen und Kommunisten nehmen mit allen ihren Kräften an diesen Kämpfen teil. In der Aktion fördern sie die Einheit und die gemeinsame Frontstellung der Arbeiterklasse. Deshalb treten sie auch für die Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Nationalitäten ein. Wir werden gemeinsam ausgebeutet und haben den selben Gegner.

Wo immer die Möglichkeit besteht, in die Offensive zu gehen und dem Kapital einen Fortschritt abzutrotzen, tritt die KPD dafür ein. Die Arbeiterklasse kann an die Stellung der Machtfrage nur herankommen, wenn sie es lernt, gegenüber Kapital, Staat und Regierung selbstbewußt ihre eigenen

Interessen zu formulieren und dafür zu kämpfen. Zwar richtet sich die ganze Logik der Gesetze des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse, doch die Logik des höchstmöglichen Profits findet ihre Schranken am Widerstand des Proletariats. Je besser die Arbeiterklasse organisiert ist, je klassenbewußter und kampfbereiter sie ist, je einheitlicher und zielklarer ihre Forderungen sind, desto enger werden den Kapitalisten die Grenzen der Profitmacherei gezogen, desto eher kann das Proletariat auch unter kapitalistischen Bedingungen eigene Interessen durchsetzen.

Um wirklich die ganze Kraft für die Interessen der Arbeiterklasse einzusetzen, gegen den Gegner zu richten und sich nicht spalten zu lassen, muß die einheitliche Aktion alle erfassen, die für das Ziel der Aktion kämpfen wollen, und zwar unabhängig von ihrer Weltanschauung, religiösen oder politischen Überzeugung. In der Aktion erkennt man die, die nur große Reden schwingen, und die, die mit Taten vorangehen.

In langfristigen Fragen strebt die KPD eine stabile und organisierte Einheitsfront aller Kräfte an, die den gemeinsamen Kampf in diesen Fragen wollen. So im Kampf gegen Reaktion und Faschismus, für die Verteidigung und Ausweitung demokratischer Rechte, so im Kampf gegen die Führung und Vorbereitung imperialistischer Kriege, so im Kampf um die Gleichstellung und vollständige Befreiung der Frau, so in der Jugendbewegung, so im Kampf gegen Umweltverschmutzung und -zerstörung, so im gewerkschaftlichen Kampf. Was letzteres betrifft, so treten wir stets für die Stärkung der Gewerkschaften, für kampfstärke Gewerkschaften der Arbeiterklasse ein. Wir verteidigen die heute bestehenden Gewerkschaften gegen Angriffe des Kapitals und der Reaktion, geben uns aber nicht der Illusion hin, die reformistischen, auf Klassenzusammenarbeit orientierten Gewerkschaften könnten in eine Kampforganisation der Arbeiterklasse umgewandelt werden. Da die Führer der Gewerkschaften heute auf der Seite des Kapitals stehen, wird niemand den gewerkschaftlichen Kampf organisieren, wenn die bewußtesten und fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeiter dies nicht selbst tun. Hierbei gilt es, die klassenkämpferischen Kräfte innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften zusammenzufassen.

Auch bei der Organisation einer langfristigen und stabilen Einheitsfront in bestimmten Fragen gilt für die KPD der Grundsatz, daß weltanschauliche und politische Differenzen solidarisch und ohne Vorurteile besprochen werden, aber kei-

(Stellung
der KPD
zu den Gewerk-
schaften)

Tageskampf
und
Systemfrage

nen Grund für eine Spaltung darstellen sollen. Entscheidend für die Einheit sind nicht Worte, sondern Taten.

Diesen Grundsatz vertreten wir unter der Arbeiterklasse, denn diese hat keinen anderen Gradmesser dafür, ob jemand wirklich zu ihr steht, als dessen Taten.

Im täglichen Kampf für Arbeit, Auskommen und Frieden, gegen Rassismus, Reaktion, Faschismus und Patriarchat stößt die Arbeiterklasse immer wieder an Grenzen, die im kapitalistischen System selbst liegen. Die Begrenztheit des Kampfes, die ständig wiederkehrende Sorge um Existenz, Auskommen, Arbeitsplatz und menschenwürdiges Leben ohne Unterdrückung und Krieg werden deutlich. Die Kommunistinnen und Kommunisten nehmen mit aller Kraft an diesen Kämpfen teil. Sie wirken darauf hin, daß die Kämpfe konsequent geführt werden, das heißt einzig vom Standpunkt der Arbeiterklasse, ohne Rücksicht auf Kapitalsinteressen. Sie zeigen auf, daß das kapitalistische System der Arbeiterklasse keine Perspektive bietet. Sie führen den Beweis, daß das imperialistische System nicht in der Lage ist, auf Dauer die einfachsten Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu erfüllen, daß dieses System ihre nackte Existenz bedroht: durch die Gefahr eines Krieges, durch die Gefahr von Umweltkatastrophen, durch die Gefahr des Faschismus, durch die Gefahr von Massenelend, Vormarsch der organisierten Kriminalität und durch andere Erscheinungen, die mit dem voranschreitenden Zerfall dieses Systems verbunden sind. Die KPD zeigt auf, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die anderen arbeitenden Menschen fähig sind, eine Gesellschaft ohne Kapitalisten gemäß ihren Bedürfnissen nach Arbeit, Auskommen und Frieden für alle aufzubauen. Im tagtäglichen Kampf treten wir für den Sturz der verrotteten, unfähigen und lebensgefährlichen kapitalistischen Gesellschaft, für eine neue sozialistische Gesellschaft entsprechend unserem Programm ein. Wir sind bestrebt, für diese Ziele die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung zu gewinnen.

(Parlamentarischer
Kampf)

Die KPD hat nicht die Illusion, die Arbeiterklasse könne ihre grundlegenden Interessen über Mehrheiten im Parlament durchsetzen. Dennoch ist die KPD bestrebt, entsprechend ihren Möglichkeiten, auch im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften, an Wahlen teilzunehmen. Sie tut das mit dem Ziel, den Wahlkampf und die Parlamente zu nutzen, um dort die Standpunkte und Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten.

Schon der tägliche Kampf mit dem deutschen Kapital um die Erhaltung oder Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse zeigt, daß das Kapital und sein Staat darauf mit Druck, Hetze, Polizei, Verfassungsschutz, Justiz und Gefängnis antworten. Bürgerkriegsvorbereitungen von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr, Übungen von Straßenkämpfen und Fabrikbesetzungen zeigen, zu was die herrschende Klasse bereit ist, wenn die Masse der arbeitenden Menschen an den Grundfesten ihrer Herrschaft rütteln wird: zum Blutvergießen! Dies ist die Erfahrung aus der Geschichte, und zwar auch im internationalen Maßstab. Bevor die herrschenden Ausbeuterklassen abtreten, greifen sie zu allen Mitteln, zu Massakern, Militärdiktatur, Faschismus. Besonders das deutsche Kapital hat eine reiche Herrschaftserfahrung: Es hat zwei Weltkriege überlebt, die Novemberrevolution 1918 mit Blut und Terror erstickt, während des Hitler-Faschismus die widerwärtigsten Verbrechen in Deutschland und in der ganzen Welt begangen, die Niederlage im 2. Weltkrieg überstanden und die ersten Versuche zum Aufbau des Sozialismus in Deutschland besiegt. Das deutsche Kapital ist als herrschende Klasse mit allen Wassern gewaschen und wird niemals freiwillig abtreten.

Diese Haltung der herrschenden Klasse wird die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen fortschrittlichen Menschen zwingen, dem Kapital die Macht mittels eines bewaffneten Aufstands gewaltsam zu entreißen, die Ausbeuterklasse zu entwaffnen und den bürgerlichen Staat zu zerschlagen. Die KPD bereitet sich, die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Menschen nicht etwa deshalb auf diesen Weg vor, weil sie Gewalt als Selbstzweck verherrlichen würde, sondern weil sie das Blutbad der herrschenden Klasse verhindern bzw. so rasch wie möglich beenden will.

Um die politische Macht ergreifen, die Diktatur des Proletariats errichten, den Sozialismus aufbauen und zum Kommunismus voranschreiten zu können, braucht die Arbeiterklasse eine kommunistische Partei.

Diese Partei verfügt auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Analyse des Kapitalismus und seines höchsten und letzten Stadiums, des Imperialismus, über eine wissenschaftlich fundierte Strategie zur Ergreifung der politischen Macht der Arbeiterklasse, zur Zerschlagung des Kapitalismus und Imperialismus und zur Niederringung der alten Ordnung. Sie ist fester Bestandteil der Arbeiterklasse und steht für alle

Notwendigkeit der
revolutionären
Gewalt

Kommunis-
tische
Partei

Revolutionärinnen und Revolutionäre offen, die für das gemeinsame Ziel der Herrschaft der Arbeiterklasse, des Sozialismus und des Kommunismus kämpfen.

Diese Partei tritt in allen Kämpfen für die Einheitsfront allerer ein, die den betreffenden Kampf wollen, und wendet sich dagegen, daß die Herstellung der Einheitsfront behindert wird, indem die Zustimmung zu bestimmten politischen oder weltanschaulichen Auffassungen fälschlich zur Voraussetzung gemeinsamen Kampfes gemacht wird. Sie wendet sich gegen opportunistische und bürgerliche Auffassungen, die den gemeinsamen Kampf behindern, und tritt insbesondere dem zersetzenden Einfluß der Arbeiteraristokratie und ihrer Ausgestaltungen wie der DGB-Führung, die systematisch als Schrittmacher des Imperialismus in der Arbeiterbewegung wirken, beharrlich entgegen. Sie vertritt in allen Kämpfen die Interessen und Ziele der Gesamtbewegung. Sie wirkt in den einzelnen Kämpfen darauf hin, daß die Beschränktheit überwunden wird, die unvermeidlich gegeben ist, wenn der durch das jeweilige konkrete Kampffeld gesteckte Horizont nicht überschritten wird. Sie wirkt darauf hin, daß die einzelnen Kämpfe verbunden werden, so daß sie letztlich zu einem gemeinsamen Strom werden, der die bürgerliche Ordnung hinwegreißt.

Die kommunistische Partei wertet die Erfahrungen aus allen Kampffeldern aus und trägt die systematisierte Erfahrung aus diesen Kämpfen wiederum in die Kämpfe hinein. Es ist ihre Aufgabe, in all diesen Kämpfen eine Taktik zu erarbeiten und zu verfolgen, die sowohl die Besonderheiten des jeweiligen Kampffeldes als auch die jeweiligen Besonderheiten und Anforderungen der Gesamtlage in Rechnung stellt, eine Taktik, die sich am strategischen Ziel der Gesamtbewegung der Arbeiterklasse orientiert, an der Zerschlagung des Kapitalismus und Imperialismus sowie am Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus.

Sie wertet die negativen Erfahrungen der revisionistischen Entartung sozialistischer und auf dem Weg zum Sozialismus befindlicher Länder auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Wissenschaft aus und zieht Schlußfolgerungen, wie künftig solchen Entwicklungen entgegengewirkt werden kann. Ohne eine solche Partei, die in allen Kampffeldern auf eine solche Weise eingreift, wird die Arbeiterklasse in einer revolutionären Situation nicht siegen können, wird dann vielmehr die Konterrevolution siegen.

Die Kommunistinnen und Kommunisten sind Internationalisten. Sie arbeiten mit den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie den unterdrückten Völkern in aller Welt zusammen. Die KPD kämpft in einer Reihe mit den marxistisch-leninistischen Parteien und Kräften aller Länder.

Unter imperialistischen Bedingungen wird es immer wieder Phrasendrescher, Opportunisten und Spitzel in der kommunistischen Partei geben. Unter sozialistischen Bedingungen werden Karrieristen, entartete bürokratische Elemente, Opportunisten, Spitzel usw. ebenfalls versuchen, die Partei zu zersetzen. Der Schutz davor ist lebensnotwendig. Er kann nur gewährleistet werden, wenn die Partei eng mit den parteilosen Arbeiterinnen und Arbeitern verbunden ist und ihren Mitgliedern, Angestellten und Funktionsträgerinnen und -trägern keinerlei Privilegien gegenüber parteilosen Menschen gewährt. Eine einheitliche, kämpferische und zugleich lebendige Partei ist Voraussetzung, um die Arbeiterklasse an die Macht zu bringen, den Sozialismus aufzubauen und zu verteidigen und schließlich zum Kommunismus voranzuschreiten.

Da das Ziel des Kommunismus die Abschaffung aller Klassenunterschiede beinhaltet, entfällt dort auch die Notwendigkeit von Politikerinnen und Politikern sowie von Parteien. Die kommunistische Partei ist somit die einzige Partei, die daran arbeitet, die Bedingungen ihrer eigenen Existenz zu untergraben. Schon heute arbeitet die KPD an der Einschränkung des Unterschieds von leitenden und ausführenden Funktionen in ihren Reihen. Nur eine Partei, die im Innern ständig an der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit aller ihrer Mitglieder arbeitet, wird nach außen hin auf Dauer an der Orientierung festhalten können, die Selbsttätigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter im Kampf für ihre Ziele zu fördern.

Statut der KPD

Die Arbeiterklasse wird in ihrem Kampf gegen das Kapital nur dann Erfolge haben, wenn sie diesen Kampf auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen führt und sich zunehmend von bürgerlichen Einflüssen löst. Während die bürgerlichen Parteien versuchen, die Arbeiterklasse für fremde Zwecke einzuspannen, hat die Arbeit der KPD das Ziel, daß die Arbeiterklasse für ihre eigenen Interessen selbst tätig wird.

Die KPD versteht sich als Instrument der Arbeiterklasse. Sie nimmt an den verschiedenen Kämpfen der arbeitenden Menschen und aller fortschrittlichen Kräfte teil und ist bestrebt, in diesen Kämpfen die gemeinsamen, von bestimmten Gruppeninteressen unabhängigen Gesamtinteressen der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen. Sie ist weiter bestrebt, in den verschiedenen Entwicklungsstufen des Klassenkampfes stets das Interesse der Gesamtbewegung zu vertreten.

Die Arbeiterklasse kann ihre grundlegenden Interessen nur dann durchsetzen, fürchterliche gesellschaftliche und Umweltkatastrophen können nur dann verhindert werden, der vollständigen Befreiung und Gleichstellung der Frau kann nur dann der Weg geebnet werden, wenn der Imperialismus zer schlagen und ein Arbeiterstaat errichtet wird. Ziel der KPD ist daher der Sozialismus in Deutschland. Letztlich ist ihr Ziel der Kommunismus in der ganzen Welt.

Der Sozialismus ist die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus. Der Kommunismus ist eine Gesellschaft, in der alle Klassenunterschiede beseitigt sind, in der die Menschen ihre Angelegenheiten bewußt und selbsttätig regeln und nicht mehr von Parteien oder anderen politischen Gruppierungen "vertreten" werden. Im Kommunismus wird daher auch die Notwendigkeit der KPD entfallen.

Die Einflüsse der Klassengesellschaft wirken auch auf die KPD, insbesondere die Trennung von leitender und ausführender Tätigkeit. Die KPD kann ihren Charakter als kommunistische Partei nur bewahren, wenn sie in ihren eigenen Reihen diesen schädlichen Einflüssen ständig entgegenwirkt. Sie kann nach außen hin nur dann auf die Entfaltung der Selbsttätigkeit der arbeitenden Menschen hinwirken, wenn sie im Innern an der Entfaltung der Selbsttätigkeit aller Parteimitglieder arbeitet. Die Partei braucht keine blinden

Befehlsempfänger, sondern bewußte Genossinnen und Genossen, die die Politik der Partei aktiv mitgestalten, die die wichtigsten Fragen des Klassenkampfes und der Parteiarbeit selbständig durchdenken und selbständig handeln. Die Leitungen und die Grundeinheiten müssen die Arbeit der Partei so organisieren und durchführen, daß die Mitglieder immer besser hierzu befähigt werden.

Um im Kampf gegen das Kapital und die Reaktion bestehen zu können, verwirklicht die KPD in ihren Reihen Disziplin, und zwar die Disziplin von bewußten Kämpferinnen und Kämpfern. Diese Disziplin ist für alle Mitglieder einschließlich der Funktionärinnen und Funktionäre in gleicher Weise verbindlich. Diese Disziplin setzt die offene Diskussion, die freie Meinungsäußerung aller Parteimitglieder in allen Fragen der Parteiarbeit voraus. Kritik und Selbstkritik sowie die offene Auseinandersetzung sind für die Entwicklung der KPD unerläßlich. Die Diskussion ist kein Selbstzweck, sondern sie erfolgt, um die Einheit des Willens und Handelns der KPD herzustellen. Ist die Diskussion erschöpft, ein Beschluß gefaßt, so müssen alle Mitglieder diesen Beschluß durchführen. Die Richtigkeit der Beschlüsse muß sodann in der Praxis überprüft werden. Nur so können falsche Beschlüsse bewußt überwunden und aufgehoben werden, kann die KPD nach und nach reifen und es immer besser verstehen, den wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung zu verbinden.

Mit der Eingliederung des einzelnen Mitglieds in das Kollektiv soll es nicht etwa seine Individualität aufgeben, vielmehr sollen seine positiven individuellen Eigenschaften, Fähigkeiten und Neigungen gefördert und entwickelt werden.

In der KPD gilt auf allen Ebenen das Prinzip, daß das Kollektiv dem einzelnen Mitglied solidarisch zur Seite steht, daß das einzelne Mitglied wichtige Fragen der Parteiarbeit nicht ohne das Kollektiv entscheidet. Fehler und Mängel von einzelnen Genossinnen und Genossen, von Grundeinheiten und Leitungen werden solidarisch, aber offen und ohne Schönfärberei kritisiert mit dem Ziel, die Arbeit zu verbessern. Die KPD will auch bezüglich ihrer sozialen Zusammensetzung in erster Linie Partei der Arbeiterklasse sein. Sie wendet sich besonders an die unteren, am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des Proletariats.

Die KPD hat das Ziel, daß alle Mitglieder am Klassenkampf teilnehmen; für die Verwirklichung der Parteibeschlüsse kämpfen; bereit sind, für die Arbeiterklasse und die Partei Opfer zu

bringen; sich nach und nach die Fähigkeit aneignen, den Marxismus-Leninismus zur Lösung der aktuellen Probleme des Klassenkampfes und der Parteiarbeit anzuwenden, um der Klasse den revolutionären Ausweg zu zeigen, den Kampf für den Sozialismus.

Die KPD steht und kämpft in einer Reihe mit den marxistisch-leninistischen Parteien, Organisationen und Kräften in der ganzen Welt und unterstützt den Kampf des internationalen Proletariats sowie der durch den Imperialismus unterdrückten Völker.

Richtschnur der KPD ist der Marxismus-Leninismus, die wissenschaftliche Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Der Marxismus-Leninismus ist seinem Wesen nach keine abgeschlossene, fertige Lehre. Er ist die revolutionäre Weltanschauung und Methode zur Erkenntnis und Umgestaltung der Welt. Die KPD will ihn in diesem Sinne im Interesse aller arbeitenden und fortschrittlichen Menschen nutzen und weiterentwickeln.

I.

Parteimitgliedschaft

Mitglied der KPD kann sein, wer das Programm und das Statut der Partei anerkennt, in einer Grundeinheit arbeitet und regelmäßig die festgelegten Beiträge bezahlt.

1. Das Parteimitglied hat das Recht:

- a. in seiner Grundeinheit an der Erörterung aller Fragen der Politik der Partei teilzunehmen, in der Grundeinheit und in allen internen Parteiversammlungen seine Vorschläge zu unterbreiten, seine Meinung frei zu äußern;
- b. in den Parteiorganen Kritik an der Tätigkeit der Mitglieder einschließlich der Funktionärinnen und Funktionäre der Partei, unabhängig von ihrer Stellung, zu üben;
- c. das aktive und passive Wahlrecht bei Wahlen zu Delegiertenkonferenzen einschließlich des Parteitags sowie bei Wahlen von Parteileitungen auszuüben;
- d. persönlich anwesend zu sein, wenn in seiner Parteiorganisation zu seinem Verhalten und seiner Tätigkeit Stellung genommen wird oder Beschlüsse gefaßt werden; dieses Recht kann eingeschränkt werden bei schwerwiegendem Verdacht der Agententätigkeit;

e. sich mit jeder Frage an jedes höhere Organ der KPD und an die Kontrollkommissionen zu wenden. Die betreffende Parteileitung bzw. Kontrollkommission ist zur mündlichen oder schriftlichen Antwort verpflichtet;

f. innerhalb der letzten 6 Monate vor Beginn eines ordentlichen Parteitags bzw. ab dem Zeitpunkt über die Bekanntgabe der Entscheidung über die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags den internen Abdruck schriftlicher Stellungnahmen zu Problemen des Klassenkampfes und der Parteiarbeit zu verlangen. Außerhalb dieser Zeitspanne entscheidet das ZK über die interne Verbreitung solcher Stellungnahmen. Es veröffentlicht Beiträge, deren parteiinterne Diskussion es für nützlich für die Partei hält. Stellungnahmen, die das ZK nicht intern verbreitet, beantwortet es und bringt sie der ZPKK zur Kenntnis. Die ZPKK kann das ZK zur internen Verbreitung dieser Stellungnahmen anweisen, wenn sie der Meinung ist, durch den Nichtabdruck würden wichtige Kritiken unterdrückt.

2. Die Aufnahme in die KPD

Die Aufnahme in die KPD erfolgt grundsätzlich individuell. Aufnahmen von Gruppen sind nur auf Beschluß des Zentralkomitees nach Befragung der Partei und Zustimmung der ZPKK möglich.

Mitglied der KPD kann unabhängig von seiner Nationalität werden, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat.

Wer Mitglied werden will, stellt in der für ihn zuständigen Grundeinheit einen Aufnahmeantrag. Die Grundeinheit beschließt die Aufnahme mit einer Mehrheit von 2/3 aller ihrer Mitglieder. Die Aufnahme oder die Ablehnung eines Aufnahmeantrages werden den übergeordneten Leitungen bis hin zum ZK mitgeteilt. Dort, wo keine Grundeinheit der KPD besteht, werden die Aufnahmeanträge an die übergeordnete Leitung gerichtet, die über die Aufnahme entscheidet.

Die übergeordneten Leitungen einschließlich des ZK haben das Recht, die Einhaltung der jeweils festgelegten Aufnahmekriterien im Einzelfall zu überprüfen. Bei eindeutigen und schwerwiegenden Verstößen können sie eine Aufnahme als Kandidat bzw. Kandidatin mit einfacher Mehrheit für unwirksam erklären. In diesem Fall erklärt die Leitung den Aufnahmeantrag entweder für abgelehnt oder führt selbst ein neues Aufnahmeverfahren durch, aufgrund dessen sie neu entscheidet und mit einer Mehrheit von 2/3

aller ihrer Mitglieder die Aufnahme beschließen kann. Erklärt eine übergeordnete Leitung eine Aufnahme für unwirksam, so kann die Grundeinheit diese Entscheidung mit einfacher Mehrheit anfechten. In diesem Falle entscheidet die ZPKK in eigener Verantwortung unter Würdigung aller Umstände über den Aufnahmeantrag, nachdem sie sich die hierfür erforderlichen Informationen beschafft hat. Ein Aufnahmebeschluss setzt eine Mehrheit von 2/3 aller Mitglieder der ZPKK voraus. Der Aufnahme in die KPD als Vollmitglied geht grundsätzlich eine Kandidatenzeit von einem Jahr voraus. In Ausnahmefällen kann die Kandidatenzeit bis zu 2 Jahren verlängert werden. Über die Aufnahme des Kandidaten bzw. der Kandidatin als Vollmitglied entscheiden die Vollmitglieder der Grundeinheit mit 2/3-Mehrheit. Die Aufnahme muß den übergeordneten Leitungen bis hin zum ZK mitgeteilt werden.

Die Kandidatenzeit dient dazu, daß die Kandidatin bzw. der Kandidat und die Partei sich besser kennenlernen, bevor die Entscheidung über die Vollmitgliedschaft getroffen wird. Die Kandidatin, der Kandidat hat das Recht, daß die Grundeinheit sie bzw. ihn in besonderer Weise fördert und unterstützt.

Die Kandidatinnen und Kandidaten haben während dieser Zeit alle Rechte und Pflichten eines Vollmitglieds außer dem Recht, zu wählen und gewählt zu werden sowie abzustimmen. Kandidatinnen und Kandidaten können in Ausnahmefällen jedoch innerhalb der Grundeinheit Funktionen übernehmen, wenn deren Vollmitglieder dies bestimmen.

3. Beendigung der Mitgliedschaft. Parteistrafen

Die Parteimitgliedschaft endet durch Austritt und durch Ausschluß.

Wer mit den grundlegenden Zielen der KPD weiterhin übereinstimmt, aus persönlichen Gründen aber nicht mehr Mitglied sein will, kann trotz seines Austritts der Partei freundschaftlich verbunden bleiben und mit ihr zusammenarbeiten.

Wer schwerwiegend oder wiederholt gegen Beschlüsse der KPD verstößt, die innerparteiliche Demokratie nicht achtet, seine Mitgliedschaft und die ihm übertragenen Funktionen mißbraucht, wessen Grundhaltung das Ansehen der KPD schädigt, wer sich im persönlichen Leben schwerwiegend oder wiederholt nicht wie ein Kommunist bzw. wie eine Kommunistin verhält, der bzw. die ist von der Grundeinheit oder einem höheren Parteiorgan zur Verantwortung zu ziehen. Es können Parteistrafen beschlossen werden, die von der

Verwarnung, der Rüge, der strengen Rüge, der Zurückversetzung in den Kandidatenstand bis zum Ausschluß aus der KPD reichen. Mit der Rüge und der strengen Rüge kann eine Enthebung aus Parteifunktionen oder ein zeitweiliges Leitungsverbot verbunden sein.

Parteimitglieder, Kandidatinnen und Kandidaten sowie parteilose Menschen können sich an die Partei wenden, wenn sie meinen, daß sie durch das Verhalten eines Parteimitglieds einschließlich einer führenden Funktionärin bzw. eines führenden Funktionärs persönlich schwerwiegend verletzt worden sind. In diesem Falle gibt ihnen die Partei die Möglichkeit, einem Parteimitglied, dem sie persönlich vertrauen, den betreffenden Vorfall zu berichten. Dieses Parteimitglied wird sodann dem zuständigen Parteiorgan berichten, welches beschließen wird, ob ein Parteiverfahren zu eröffnen ist.

Der Ausschluß erfolgt:

- bei Mitgliedern, die die Bedingungen der Mitgliedschaft nicht mehr erfüllen; dies ist auch dann der Fall, wenn sie trotz der Versuche der Partei, sie zu fördern und zu unterstützen, durch ihr Verhalten zeigen, daß sie wesentliche Punkte des Programms oder Statuts nicht anerkennen;
- bei Mitgliedern, die sich in schwerwiegender Weise parteischädigend verhalten haben;
- bei Fraktionisten und Karrieristen;
- bei Mitgliedern, die gegenüber der Polizei, den Gerichten und sonstigen Institutionen des Klassenfeinds Aussagen über organisatorische Interna der Partei oder über die Funktion, Tätigkeit oder Mitgliedschaft von Parteimitgliedern gemacht haben.

Der Ausschluß aus der KPD ist die höchste Parteistrafe. Bei der Entscheidung über den Ausschluß aus der KPD ist große Vorsicht zu üben und eine sorgfältige Prüfung der gegen das Parteimitglied erhobenen Beschuldigungen zu gewährleisten.

Der Ausschluß aus der KPD und die Erteilung einer anderen Parteistrafe wird in der Grundeinheit des Mitgliedes beraten und mit 2/3-Mehrheit entschieden. In besonderen Fällen haben übergeordnete Leitungen das Recht, mit 2/3-Mehrheit den Ausschluß aus der KPD zu beschließen oder eine andere Parteistrafe zu verhängen. Davon ist die Grundeinheit mit Begründung in Kenntnis zu setzen.

Das Mitglied, gegen das ein Parteiverfahren durchgeführt wird, muß ordnungsgemäß eingeladen werden. Das betreffende Mitglied hat das Recht, zu den Beschuldigungen Stellung zu

nehmen. Der Ausschluß ist dem Betroffenen unter Angabe der Gründe mitzuteilen. Bei schwerwiegendem Verdacht der Agententätigkeit kann von diesen Regeln abgewichen werden. Nach Eröffnung eines Parteiverfahrens gegen ein Leitungsmitglied kann die betreffende Parteileitung mit 2/3-Mehrheit eine vorläufige Suspendierung von der Leitungsfunktion aussprechen, wenn aufgrund der Schwere des Vorwurfs als Ergebnis des Parteiverfahrens zumindest eine Enthebung aus der Parteifunktion als möglich erscheint und der Schutz der Partei die Suspendierung erfordert. Die Suspendierung wird hinfällig, wenn das Parteiverfahren mit keiner oder mit einer geringeren Parteistrafe als der Enthebung aus der Parteifunktion abgeschlossen wird.

Gegen ein Mitglied einer Parteileitung kann die Grundeinheit kein Parteiverfahren eröffnen. Hält die Grundeinheit ein Parteiverfahren für notwendig, so hat sie das Recht und die Pflicht, ihre Stellungnahme der Parteileitung zukommen zu lassen, der dieses Mitglied angehört. Die Parteileitung ist verpflichtet, die Grundeinheit über ihre Entscheidung und deren Begründung zu informieren. Ist die Grundeinheit mit der Entscheidung nicht einverstanden, so kann sie die Zentrale Kontrollkommission (ZPKK) informieren. Die ZPKK kann die Parteileitung anweisen, die Frage erneut zu diskutieren und zu entscheiden.

Gegen Parteistrafen einschließlich Ausschlüsse ist der Einspruch bei der ZPKK möglich. Die ZPKK berät über den Einspruch und entscheidet mit einfacher Mehrheit. Sie kann die Parteistrafe bestätigen, aufheben oder abmildern. Zunächst bestätigt sie dem bzw. der Betroffenen umgehend, daß sie den Einspruch erhalten hat. Die Parteistrafe ist bis zu einer vorläufigen oder abschließenden Entscheidung der ZPKK wirksam. Auf entsprechenden Antrag hin kann eine vorläufige Regelung über die Wirksamkeit der Parteistrafe durch ein beauftragtes Mitglied der ZPKK getroffen werden.

Ein früher ausgeschlossenes Mitglied kann nach einem längeren Zeitraum, in dem es durch sein Verhalten gezeigt hat, daß es die Bedingungen der Mitgliedschaft wieder erfüllt, wieder aufgenommen werden. Die Neuaufnahme erfolgt durch einen mit einer Mehrheit von 2/3 aller Mitglieder gefaßten Beschluß des Zentralkomitees und die Genehmigung der ZPKK.

Ein früher ausgetretenes Mitglied kann durch die Grundeinheit mit Zustimmung des ZK erneut aufgenommen werden. Für den Aufnahmebeschluß sowie die Zustimmung

des ZK ist eine Mehrheit von 2/3 aller Mitglieder des jeweiligen Gremiums erforderlich. Ist jetzt eine andere Grundorganisation zuständig als diejenige, der dieses ehemalige Mitglied früher angehört hat, so unterrichtet sich das ZK vor der Entscheidung über seine Zustimmung bei der ehemaligen Grundeinheit über die damalige Parteiarbeit des oder der Betroffenen sowie über die Gründe für den Austritt. Versagt das ZK die Zustimmung zur Aufnahme, so kann sich die jetzt zuständige Grundeinheit - wenn sie die Entscheidung des ZK für falsch hält - an die ZPKK wenden. In diesem Falle entscheidet die ZPKK eigenverantwortlich über die Aufnahme. Für den Aufnahmebeschluß ist in diesem Fall eine Mehrheit von 2/3 aller Mitglieder der ZPKK erforderlich.

Die vorgenannten besonderen Regelungen für die Aufnahme ehemaliger Mitglieder beziehen sich auf die Aufnahme als Kandidat bzw. Kandidatin.

Kommt das Parteiorgan, das ein Mitglied ausgeschlossen hat, später zu der Auffassung, daß der Ausschluß zu Unrecht erfolgte, so kann und muß es nach Absprache mit dem Zentralkomitee oder der ZPKK das betroffene Mitglied wieder in die vollen Rechte eines Parteimitglieds einsetzen. Ansonsten wird die Wiedereinsetzung zu Unrecht Ausgeschlossener in die vollen Rechte von Parteimitgliedern von der ZPKK behandelt und entschieden. Der betreffende Beschluß wird mit einfacher Mehrheit gefaßt. Die ZPKK muß vor ihrer Entscheidung das Zentralkomitee anhören.

4. Angestellte und Funktionsträger der KPD

Angestellte und Funktionsträger der KPD genießen keinerlei Sonderrechte. Parteiangestellte dürfen als Gehalt höchstens einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn erhalten. Wird hiergegen verstoßen, so sind die Verantwortlichen in einem Parteiverfahren zur Rechenschaft zu ziehen.

II.

Der demokratische Zentralismus

Der Organisationsaufbau der Partei beruht auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Das heißt:

- a. daß alle Parteileitungen demokratisch gewählt werden;
- b. daß die gewählten Parteiorgane vor den Organen, durch die

- sie gewählt wurden, regelmäßig Rechenschaft ablegen müssen;
- c. daß alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jedes untere Parteiorgan verbindlich sind;
- d. daß sich in jedem Parteiorgan die Minderheit der Mehrheit unterordnet.

Die innerparteiliche Demokratie verbürgt jedem Parteimitglied das Recht, in den Parteiorganen zu allen Fragen der Politik der KPD Stellung zu nehmen.

Jedes Parteiorgan ist verpflichtet, Kritik und Selbstkritik zu entfalten, weil sie die gesunde Entwicklung und Festigung der KPD sichern und untrennbare Bestandteile der innerparteilichen Demokratie sind.

Jedes Parteiorgan und jedes Parteimitglied schützt die innerparteiliche Demokratie gegen parteifeindliche Kräfte und tritt für die Einheit der KPD auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Interessen der Arbeiterklasse ein.

Bei Wahlen hat jedes Mitglied des betreffenden Parteiorgans das Recht, Einwände gegen die aufgestellten Kandidaten zu erheben und neue Vorschläge zu machen. Über jeden vorgeschlagenen Kandidaten wird einzeln beraten und geheim abgestimmt, Kandidaturen von Listen sind also nicht zulässig.

Unter illegalen Bedingungen kann die Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus hinsichtlich der Wählbarkeit der leitenden Parteiorgane und der Berichterstattung der Parteiorgane gegenüber den Delegiertenkonferenzen bzw. dem Parteitag nicht immer vollständig gewährleistet werden. Die Ernennung unterer Organe durch höhere Parteiorgane ist statthaft, in Ausnahmefällen auch sonst unter Bedingungen der unmittelbaren Gefährdung der Partei.

Fraktionstätigkeit ist innerhalb der KPD nicht zulässig, da sie die Einheit der KPD untergräbt und da sie letztlich immer zu dem Versuch eines Teils der Partei führt, der gesamten Partei mit undemokratischen Mitteln, mit Tricks und Manipulationen statt mit Argumenten ihren Willen aufzuzwingen. Solange die offene und freie Diskussion innerhalb der KPD möglich ist, gibt es kein berechtigtes Interesse an einer Freiheit der Fraktionstätigkeit und kann Fraktionstätigkeit insbesondere nicht im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter liegen.

Jede Gruppierung innerhalb der KPD, die die Durchführung von Beschlüssen behindert oder deren Ziel auf die Behinderung der Durchführung von Beschlüssen gerichtet ist, stellt eine Fraktion dar. Jeder Versuch, außerhalb der

Parteiorgane Teile der Partei zusammenzuschließen, um die Beschlußfassung der KPD in gezielter Weise organisatorisch zu beeinflussen, ist fraktionistische Tätigkeit. Fraktionstätigkeit liegt insbesondere vor, wenn außerhalb von Parteiorganen organisatorische Absprachen zwecks eines gezielten gemeinsamen Vorgehens in der innerparteilichen Auseinandersetzung oder zur Beeinflussung innerparteilicher Wahlen und Abstimmungen getroffen werden. Fraktionstätigkeit ist auch der Versuch, innerhalb von Parteiorganen Absprachen zu treffen, die Parteimitglieder hinsichtlich ihres Verhaltens auf Parteitag oder Delegiertenkonferenzen binden sollen, in unteren Parteiorganen Absprachen zu treffen, die Parteimitglieder hinsichtlich ihres Verhaltens in höheren Parteiorganen binden sollen, im Sekretariat einer Leitung Absprachen zu treffen, die Parteimitglieder hinsichtlich ihres Verhaltens im Plenum binden sollen.

Die Parteimitglieder schützen die Einheit der KPD und die innerparteiliche Demokratie gegen Versuche von Fraktionsbildungen und unterrichten im Bedarfsfall eine übergeordnete Leitung oder eine Kontrollkommission, die sofort das Zentralkomitee zu unterrichten hat.

Die kritische Erörterung von Problemen der Parteiarbeit zwischen Parteimitgliedern auch außerhalb der Parteiorgane hat nichts mit Fraktionstätigkeit zu tun, sondern ist normale Ausübung innerparteilicher Demokratie. Kommt es dabei zu Kritik an dem Handeln oder der Politik von Parteileitungen, so ist dies für sich genommen ebenfalls noch kein fraktionistisches Handeln. Fraktionistisch ist jedoch der gezielte und insbesondere organisierte Versuch, außerhalb der Parteiorgane und der Parteiwege bei anderen Genossinnen oder Genossen grundsätzliche und schwerwiegende Zweifel am Handeln und der Politik von Parteileitungen hervorzurufen. Fraktionistisch ist die Organisation von Treffen außerhalb der Parteiorgane und der von ihnen eingerichteten Arbeitskreise zu dem Zweck, das Handeln und die Politik von Parteileitungen in Frage zu stellen.

III.

Die Parteiorgane

Parteiorgane sind die Grundeinheiten, die Stützpunkte, die Delegiertenkonferenzen aller Ebenen einschließlich des Parteitags, die Leitungen aller Ebenen sowie ihre Sekretariate und die Kontrollkommissionen aller Ebenen.

Ein Parteiorgan ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte aller seiner Vollmitglieder anwesend ist. Besteht Eilbedarf, so können auch abweichend von dieser Regel Beschlüsse gefaßt werden. Diese Beschlüsse sind später zu überprüfen.

1. Die Grundeinheit

Die KPD ist nach dem Betriebs- und Gebietsprinzip aufgebaut, wobei die Schaffung von Grundeinheiten auf Betriebsebene Vorrang hat.

Nicht weniger als drei Vollmitglieder und höchstens sieben zuzüglich der Kandidatinnen und Kandidaten bilden mit Bestätigung der übergeordneten Leitung eine Grundeinheit. In Ausnahmefällen können mit Bestätigung der übergeordneten Leitung Grundeinheiten gebildet werden, in denen mehr als sieben Vollmitglieder organisiert sind. Sind an einem Ort weniger als drei Vollmitglieder, so bilden die Vollmitglieder sowie Kandidatinnen und Kandidaten einen Stützpunkt.

Die Grundeinheiten sind die Grundlage der KPD. Sie wählen ihre Leiterin oder ihren Leiter und bei Bedarf eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter in der Regel einmal im Jahr.

Zu den Aufgaben der Grundeinheiten gehören:

a. Die Grundeinheit organisiert die Teilnahme ihrer Mitglieder sowie der Kandidatinnen und Kandidaten an den Kämpfen der Arbeiterklasse in ihrem Bereich. Sie ist bestrebt, die Arbeiterklasse auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen zum Kampf gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren und diesen Kampf mit dem grundlegenden Interesse der Arbeiterklasse zu verbinden, dem Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Sie ist bestrebt, vor allem aus dem Kampf der Arbeiterklasse für ihre Interessen heraus neue Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten für die KPD und für demokratische Massenorganisationen zu gewinnen. Die Grundeinheit unterstützt ihre Mitglieder sowie ihre Kandidatinnen und Kandidaten, je nach ihren Möglichkeiten

unter der Arbeiterklasse, insbesondere im persönlichen Umfeld der Genossinnen und Genossen, die Auffassungen der KPD zu vertreten und zu verbreiten.

b. Die Grundeinheit macht ihre Mitglieder sowie ihre Kandidatinnen und Kandidaten mit den grundlegenden Beschlüssen und der grundlegenden Linie der KPD vertraut. Sie organisiert eine lebendige Diskussion über die wichtigsten Fragen des Klassenkampfes und der Parteiarbeit. Sie ist bemüht, die Parteimitglieder sowie die Kandidatinnen und Kandidaten in die Lage zu versetzen, den Marxismus-Leninismus selbständig zur Lösung praktischer Fragen anzuwenden. Sie arbeitet daran, daß sich die einzelnen Mitglieder, Kandidatinnen und Kandidaten für die ganze Partei, für die Entwicklung ihrer Linie und Politik, verantwortlich fühlen. Sie unterstützt nach ihren Kräften die Arbeit an übergeordneten und zentralen Aufgaben der KPD, insbesondere die Arbeit an der zentralen Zeitung.

c. Die Grundeinheit hilft ihren Mitgliedern sowie Kandidatinnen und Kandidaten, sich auch im persönlichen Leben als Kommunistinnen und Kommunisten zu verhalten und schwerwiegende persönliche Probleme zu lösen. Sie organisiert wirkungsvolle Solidarität mit in Not geratenen und durch den Klassenfeind verfolgten Genossinnen und Genossen.

d. Die Grundeinheit trifft die geeigneten Maßnahmen zum Schutz der KPD und der organisatorischen Verbindungen der KPD gegen Angriffe der Reaktion und des Kapitals.

2. Parteitag und Zentralkomitee

Das höchste Organ der KPD ist der Parteitag. Er wird in der Regel alle vier Jahre einberufen. Das Zentralkomitee kann entweder aus eigener Initiative und muß auf Verlangen von mehr als einem Drittel der Parteimitglieder abweichend von der Regel Parteitage einberufen. Jedes Parteimitglied hat das Recht, in einer schriftlichen parteiinternen Erklärung mit Begründung die vorzeitige Einberufung des Parteitags zu verlangen. Das ZK ist verpflichtet, eine solche Erklärung nebst Begründung im Wortlaut allen Parteimitgliedern sowie Kandidatinnen und Kandidaten zur Kenntnis zu bringen. Findet ein solches Verlangen die Unterstützung von einem Zehntel der Parteimitglieder, so hat das Zentralkomitee zu veranlassen, daß jedes Parteimitglied ausdrücklich befragt wird, ob es dieses Verlangen unterstützt.

Der Schlüssel für die Delegierten zum Parteitag wird vom Zentralkomitee festgelegt.

Der Parteitag nimmt den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees sowie der Zentralen Parteikontrollkommission entgegen und faßt darüber Beschluß. Er beschließt bzw. ändert das Programm und das Statut der Partei. Der Parteitag legt die Zahl der Mitglieder sowie der Kandidatinnen und Kandidaten des Zentralkomitees und die Zahl der Mitglieder der Zentralen Parteikontrollkommission fest und wählt die beiden Organe. Wer dem Zentralkomitee angehört, kann der Zentralen Parteikontrollkommission nicht angehören. Entsprechendes gilt für Leitungen und Kontrollorgane unterer Ebenen.

In der Zeit zwischen den Parteitagen ist das Zentralkomitee das höchste Organ der KPD und leitet deren gesamte Tätigkeit. Es führt mindestens dreimal im Jahr Plenartagungen durch. Eine Plenartagung muß stattfinden, wenn 1/3 der Mitglieder des Zentralkomitees es verlangt. Die Kandidatinnen und Kandidaten des Zentralkomitees nehmen an den Plenartagungen mit beratender Stimme teil.

Das Zentralkomitee hat die Pflicht, die Mitglieder auch zwischen den Parteitagen regelmäßig über seine Politik in grundlegenden Fragen zu informieren; die Meinung der Mitglieder einzuholen und sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen; Kritiken aus der Partei, die seine Tätigkeit betreffen, in geeigneter Form zu beantworten; Kritiken, die grundlegende Fragen betreffen, intern zu veröffentlichen. Entsprechendes gilt für die Parteileitungen unterer Ebenen.

Das Zentralkomitee wählt aus seiner Mitte:

- a. das Sekretariat des Zentralkomitees,
- b. bei Bedarf eine erste Sekretärin bzw. einen ersten Sekretär des Zentralkomitees; sie bzw. er gehört dem Sekretariat an. Die erste Sekretärin bzw. der erste Sekretär des Zentralkomitees steht nicht über dem Leitungskollektiv, sondern ist Teil davon. Sie bzw. er hat wie alle anderen Mitglieder des Zentralkomitees die Pflicht zu kollektiver Arbeit. Sie bzw. er leitet die Sitzungen des Zentralkomitees und bereitet sie vor, letzteres zusammen mit den anderen Mitgliedern des Sekretariats. Sie bzw. er hat darüber hinaus keine besonderen Rechte.

Sofern die Möglichkeit besteht, soll der Parteitag bei der Wahl des Zentralkomitees darauf achten, daß ein Teil der Mitglieder des Zentralkomitees erneuert wird. Ebenso soll das Zentralkomitee bei der Neuwahl des Sekretariats nach einem Parteitag darauf achten, daß nach Möglichkeit ein Teil der

Mitglieder des Sekretariats erneuert wird.

Das Sekretariat des Zentralkomitees übt zwischen den Plenartagungen des Zentralkomitees die Funktionen und Befugnisse des Zentralkomitees aus.

Das Zentralkomitee kann Mitglieder des Sekretariats sowie die erste Sekretärin bzw. den ersten Sekretär jederzeit abwählen. Jedes Mitglied des Zentralkomitees kann jederzeit diesbezügliche Vorschläge machen und darf dafür nicht gemäßregelt werden.

Die Teilung in Zentralkomitee und Sekretariat ist ein wichtiges Mittel innerparteilicher Demokratie, ein wichtiges Mittel, um der Trennung von leitender und ausführender Tätigkeit in der KPD entgegenzuwirken. Denn dadurch soll gewährleistet werden, daß auch solche Genossinnen und Genossen als Mitglieder des Zentralkomitees über die Politik der Partei beschließen, deren Parteiarbeit nicht vorwiegend zentrale Tätigkeit ist. Es ist notwendig, einen hartnäckigen Kampf gegen die spontan wirkende Tendenz zu führen, daß sich das Sekretariat in der Praxis über das Zentralkomitee stellt. Das Zentralkomitee darf keineswegs zu einem Akklamationsorgan des Sekretariats verkümmern; es muß kollektiv arbeiten, und die Meinung jedes Mitglieds des Zentralkomitees muß in gleicher Weise ernst genommen werden.

Scheidet ein Mitglied des Zentralkomitees aus, so wird vom Zentralkomitee an seine Stelle eine vom Parteitag gewählte Kandidatin bzw. ein vom Parteitag gewählter Kandidat als Mitglied des Zentralkomitees gewählt. Das Zentralkomitee ist berechtigt, bei besonderen Umständen zu seiner Ergänzung und Erweiterung neue Kandidatinnen und Kandidaten zu kooptieren. Diese Kandidatinnen und Kandidaten dürfen nicht zu Mitgliedern des Zentralkomitees gewählt werden. Die gleiche Regelung gilt auch für die unteren Leitungen.

Das Zentralkomitee verteilt die Mittel der Partei und verwaltet die zentrale Kasse. Es gibt die zentrale Zeitung der Partei und das theoretische Organ der Partei heraus. Die Mitarbeit insbesondere an der zentralen Zeitung ist Aufgabe der gesamten Partei.

3. Kontrollkommissionen

Die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) kontrolliert, daß die Beschlüsse des Parteitages vom Zentralkomitee durchgeführt und umgesetzt werden, daß die gesamte Partei auf der Grundlage von Programm und Statut sowie der Beschlüsse des

Parteitags arbeitet. Sie fördert die Aufmerksamkeit und Standfestigkeit der KPD gegen Angriffe seitens der Reaktion und des Kapitals.

Sie schlägt den Leitungsorganen und Grundeinheiten Maßnahmen gegen Abweichungen von Programm und Statut vor. Es geht darum, alle Tendenzen des Bürokratismus und Liberalismus innerhalb der Partei anzugreifen.

Die ZPKK fördert die Entwicklung kommunistischer Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Partei und die Entfaltung ihrer Selbsttätigkeit innerhalb und außerhalb der Partei. Sie setzt sich dafür ein, daß die Partei ein Instrument der Arbeiterklasse bleibt und wird. Sie fördert die Aufmerksamkeit für die Gefahr, sich von der Arbeiterklasse und ihren Interessen zu lösen und diese ihrerseits zum Instrument der Partei zu machen. Sie fördert die Aufmerksamkeit der Partei gegenüber Tendenzen, vom Marxismus-Leninismus prinzipiell abzuweichen.

Indem sie das tut, beugt sie fraktioneller Tätigkeit vor und kämpft gegen sie, wenn sie auftritt.

Sie erhält alle Kritiken, die an das Zentralkomitee gerichtet werden. Sie kann an allen Sitzungen von Parteigremien teilnehmen und ihre Anliegen auf die Tagesordnung setzen. Sie kann die vorzeitige Einberufung eines Parteitages verlangen und durchsetzen, wenn die Mehrheit der Mitglieder der ZPKK der Auffassung ist, daß das Zentralkomitee gegen Parteitagsbeschlüsse oder gegen grundlegende Normen und Prinzipien der KPD in schwerwiegender Weise verstößt. Sie nimmt die Aufgabe der zentralen Revision wahr und hat das Recht, das Finanzgebaren aller Parteileitungen und Parteieinrichtungen jederzeit und unangemeldet zu kontrollieren.

Entsprechende Regelungen gelten für die Kontrollorgane unterer Ebenen.

4. Weitere Parteiorgane

Je nach den Erfordernissen der Parteiarbeit schließt das Zentralkomitee die Parteiorganisationen in bestimmten Regionen und Gebieten zusammen und legt deren Wirkungskreis fest.

Die höchsten Organe auf allen Ebenen sind die Delegiertenkonferenzen, die in der Regel alle zwei Jahre zusammentreten. Sie wählen die entsprechenden Leitungen und bei Bedarf die entsprechenden Kontrollorgane. Die

Leitungen wählen eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden und bei Bedarf ein Sekretariat. Hinsichtlich der Beziehungen zwischen der Leitung und ihrem Sekretariat gelten die Ausführungen bezüglich des Verhältnisses von Zentralkomitee und Sekretariat entsprechend.

Die Leitung, die für ein bestimmtes Gebiet verantwortlich ist, gilt als höhere gegenüber allen Parteileitungen, die für Teile dieses Gebietes zuständig sind.

IV.

Die finanziellen Mittel der Partei

Mitgliedsbeiträge, Sonderbeiträge, Erträge aus den Parteieinrichtungen und Spenden bilden die finanziellen Mittel der Partei.

Die monatlichen Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder werden entsprechend den Beschlüssen des Zentralkomitees festgelegt.

